

In dieser Ausgabe der AGRAR-HINWEISE u.a. :

- Ergebnisse des neuen „Milchgipfels“- REWE Weidemilch – Lactalis-Omira
- Neue Wolfs-Verordnung in Brandenburg
- Keine Tariflöhne in vielen Edeka- und REWE-Märkten
- Viele neue Berichte über Auseinandersetzungen um Groß-Tierhaltungsanlagen
- Zugang zu Glyphosat-Studien gefordert
- Sehenswerter TV-Beitrag über „buntes Deutschland“

... natürlich gern zum Alles-Durchlesen, aber gern auch zum Durchblättern und selektiven Lesen...

**Mit freundlichen Grüßen**

**Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL)**

**Landesverband Niedersachsen/Bremen e.V. – Pressesprecher:**

**Eckehard Niemann, Varendorfer Str. 24, 29553 Bienenbüttel**

**0151-11201634 – [eckehard.niemann@freenet.de](mailto:eckehard.niemann@freenet.de)**

**Newsletter „Agrar-Hinweise“ – 1.6.2017**

**vorherige Ausgaben auf der Internetseite <http://www.abl-niedersachsen.de/>**

***AbL - Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft  
Pressemitteilung, Berlin, 01.06.2017***

**Milchgipfel in Berlin**

**Kartellamt bringt Bewegung in die Diskussion**

**Branche braucht den Druck von außen. Minister-Milchbericht bleibt vage**

Die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) dankt dem Bundesminister für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) Christian Schmidt dafür, dass er zu seinem Milchgipfel heute in Berlin auch den Präsidenten des Bundeskartellamts Andreas Mundt eingeladen hat.

Ottmar Ilchmann, Milchsprecher der AbL, kommentiert: „Das Kartellamt bringt mit seinem laufenden Pilotverfahren gegen die größte deutsche Molkerei, das Deutsche Milchkontor DMK, richtig Bewegung in die bis dahin festgefahrene Diskussion. Herr Mundt hat heute in erfrischender Klarheit erklärt, an welchen Stellen das Kartellamt im Milchmarkt zu wenig Wettbewerb der Molkereien um die Milch sieht und was sich mindestens ändern muss, damit auf das Marktsignal sinkender Preise im Milchmarkt nicht länger mit mehr, sondern mit weniger Erzeugungsmenge reagiert wird. Diese Klarheit wünschen wir uns auch an anderer Stelle.“

**Während des Milchgesprächs im Ministerium hat Ilchmann darauf hingewiesen, dass die Milcherzeuger nicht nur höhere Milchpreise bräuchten, sondern auch ernsthafte Signale von der Politik. Es müssten politische und strukturelle Lehren aus der jüngsten verheerenden Krise gezogen werden. Es brauche jetzt auch gesetzliche Änderungen in der EU und im Bund, damit in der nächsten Krise nicht wieder preisdrückende Übermengen und krisenverlängernde Pulverberge entstünden.**

Im Milchbericht des Bundesministers sieht die AbL wichtige Fragen aufgegriffen, aber noch einen Mangel an konkreten Vorhaben. „Angesichts der starken Beharrungskräfte in der Molkereiwirtschaft reichen Appelle nicht. Dem Milchbericht kurz vor der Bundestagswahl fehlen klare politische Maßnahmen, die sich das Ministerium vornimmt. Die braucht es aber, damit das Preisrisiko des Marktes nicht weiterhin allein den Milchbauern angelastet wird“, so Ilchmann.

## **SVZ - vom 31. Mai 2017 – RasmusBuchsteiner: Milchpreis erhöht : Zu billig und nicht kostendeckend**

Aus der Onlineredaktion

### **Die Erzeugerorganisation Milch Board wirft dem größten deutschen Molkereiunternehmen vor, die Milch zu verschleudern**

Die deutschen Milcherzeuger stecken angesichts niedriger Milchpreise weiter tief in der Krise. „Das Hauptproblem der deutschen Milchwirtschaft ist das Deutsche Milchkontor“, sagte der Vorstandsvorsitzende der Marktorganisation Milch Board, Peter Guhl. Die Erzeugergemeinschaft vereint bundesweit rund 12 000 Milchbauern. Sie erhalten laut Guhl im Schnitt für ihre Milch 32 Cent pro Liter. Kostendeckend wären 35 bis 40 Cent.

32 Cent zahlt auch das Deutsche Milchkontor (DMK) als Genossenschaft und größtes deutsches Molkereiunternehmen. Gestern kündigte es an, den Milchpreis für den Monat Mai nachträglich auf 33 Cent anzuheben. Für Juni wurde eine Erhöhung auf 34 Cent je Liter angekündigt. Nach der weltweiten Milchmarktkrise der vergangenen Jahre stabilisiere sich der Milchpreis, sagte DMK-Sprecher Hermann Cordes.

Die Bauern überzeugt das nicht. Das DMK halte den Preis insgesamt in Deutschland niedrig, sagte Guhl, der einen Milchviehbetrieb in Vorderhagen (Kreis Ludwigslust-Parchim) betreibt. Er geht noch weiter: „Wir sagen, der Weltmarktpreis wird in Deutschland gemacht.“

Guhl kritisierte, das DMK sei von seinem Produktportfolio her schlecht aufgestellt. Es setze auf Masse und produziere billigen Käse, der für 3 Euro pro Kilo nach Italien oder Holland exportiert werde und dort die Preise ruiniere. Pizza-käse sei zuletzt für 1,80 Euro pro Kilo an Tiefkühl-Produzenten verkauft worden. Bis auf Milram gebe es keine wirkliche Marke unter dem Dach des DMK, sagte Guhl.

Dem entgegnete Cordes, Milram sei eine der größten Marken, die Genossenschaften in Deutschland haben. Markenartikel machten mit 400 Millionen Euro Umsatz rund 10 Prozent des DMK-Gesamtjahresumsatzes aus.

Milcherzeuger und ihre Verbände fordern seit Jahren Lieferverträge mit den Molkereien, in denen Menge und Preis vereinbart werden. Das ist bislang nicht der Fall. „Wenn sich Käufer und Verkäufer im Vorfeld per Vertrag auf Mengen und Preise einigen würden, könnte nicht zu viel produziert werden“, sagte Guhl. Jetzt aber seien die Lager mit Milchpulver vollgestopft, das schwer absetzbar sei. Es war von der EU aufgekauft worden, um den Milchpreis zu stützen.

Die Politik sei in der Milchkrise trotz staatlicher Hilfen keinen Millimeter weitergekommen, meinte Guhl. Landespolitiker wie Agrarminister Till Backhaus (SPD) hätten Instrumente für die Mengenregulierung vorgeschlagen. Die Bundesregierung gehe darauf jedoch nicht ein. Die Lobby der Milchwirtschaft sei zu stark.

Der Sprecher der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) Ottmar Ilchmann sagte, die DMK-Führung suche weniger nach Konzepten zur Positionierung des DMK im Milchmarkt als nach Wegen, an den vom Bundeskartellamt kritisierten Lieferbeziehungen festhalten zu können. Bislang hätten 25 Prozent der DMK-Lieferanten gekündigt. „Die DMK-Spitze zieht daraus noch immer nicht die richtigen Konsequenzen.“

Heute wird der Internationale Tag der Milch begangen, mit dem für mehr Milchkonsum geworben wird. Der Bauernverband in MV lädt unter anderem Grundschüler in die Gläserne Meierei Dechow und einen Milchviehbetrieb in Nordwestmecklenburg ein.

### **Schmidt fordert stärkere Regulierung**

*Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt (CSU) fordert von Bauern und Molkereien eine bessere Vorbereitung auf Zeiten mit sinkenden Milchpreisen. „Es müssen dringend Vorkehrungen getroffen werden, um künftig auf schwierige Marktsituationen besser vorbereitet zu sein und reagieren zu können“, heißt es im „Milchbericht 2017“ des Agrarministeriums, der unserer Berliner Redaktion vorliegt. Für heute hat Schmidt Vertreter von Landwirten, Molkereien, Verbänden sowie den Präsidenten des Bundeskartellamts Andreas Mundt zu einem weiteren Milchgipfel eingeladen.*

*Der durchschnittliche Erzeugerpreis für Rohmilch war im Juni 2016 auf einen Tiefstand von 22,8 Cent je Kilogramm gesunken. Inzwischen liegt er wieder bei 32 bis 33 Cent. Bundesregierung und EU-Kommission stellten als Reaktion auf den Preisverfall fast 600 Millionen Euro an Hilfen für deutsche Milchbauern zur Verfügung.*

*Schmidt verlangt von den genossenschaftlichen Molkereien eine Veränderung ihrer Satzungen und will die darin verankerte hundertprozentige Annahmepflicht für Milch kippen. Die bisherigen Regelungen hätten zur Konsequenz, dass die Molkereien auch bei schlechter Absatzlage steigende Rohmilchmengen abnehmen und verarbeiten müssten. Dies befördere eine Abwärtsspirale bei den Preisen. „Die Milchkrise hat gezeigt, dass die Anpassung des Rohmilchangebots auf die*

*verschlechterte Marktlage zu träge verlaufen ist“, heißt es im Ministeriumsbericht. „Die Gestaltung der Milchlieferkontrakte gehört auf den Prüfstand.“*

Kreiszeitung - 31.05.17 –la:Podiumsdiskussion in Lunsen

## **Milchpreiskrise: Fünf Prozent Überschuss machen viel kaputt**

**Lunsen - „Was sollen unsere jungen Männer denn machen? Sie können nur noch zum IS gehen oder übers Mittelmeer fliehen“, hätten Landwirte aus dem afrikanischen Staat Burkina Faso ihr gegenüber geklagt, berichtete Dr. Elisabeth Böse vom Eißeler Biohof Böse-Hartje.**

Dass deutsche Milchprodukte-Anbieter als „billiger Jakob“ mit Dumpingpreisen auf dem Weltmarkt agierten und so in Afrika oder Indien einheimischen Bauern keine Chance ließen, sei ebenfalls Folge der Milchpreiskrise hierzulande, schlussfolgerte sie.

Elisabeth Böse gehörte zur Podiumsrunde, die sich im Lunser Gasthaus Kehlenbeck auf einer Veranstaltung des Bündnisgrünen des Landkreises dem Thema „Höher - schneller - weiter - wieviel Milch muss sein?“ widmete.

Mit einem solchen Preisverfall der Milch bis zum Tiefstand von 21 Cent pro Kilo habe niemand rechnen könne, hatte anfangs Kreislandwirt Jörn Ehlers betont, der auf seinem Hof allerdings Schweinezucht betreibt.

Gründe für den Preissturz sieht er einerseits in wachsender Konkurrenz etwa aus Neuseeland und den USA, aber auch im Russland-Embargo gegen deutsche Lieferungen. Seit 2014 gebe es zudem einen Absatz-Einbruch auf dem chinesischen Markt.

### **Export schwächelt**

**Frühere optimistische Export-Aussagen wie „China säuft das alles weg“ hätten sich als Trugschluss erwiesen, räumte Ottmar Ilchmann von der Arbeitsgemeinschaft Bäuerliche Landwirtschaft (ABL) ein, der selber einen Milchviehhof im Ostfriesischen hat. Die seit etwa drei Jahren anhaltende Preiskrise sei aber zum großen Teil hausgemacht.**

**Als die Quotenbegrenzung nach und nach wegfiel – mit dem Ziel einer „weltmarktfähigeren“ Milchwirtschaft – seien einige Landwirte nämlich „richtig durchgestartet“. Das „ehrgeizige Stallbauprogramm“ Niedersachsens habe dies noch befördert. Es gab dann viel mehr Milch, als Deutschland je verbrauchen konnte. Die Preise fielen, und immer mehr Milchvieh-Landwirte mussten aufgeben. Experten schätzen laut Elisabeth Böse, dass auch die jetzt**

**noch rund 69 000 Milchviehbetriebe in der Bundesrepublik bei anhaltend niedrigem Preisniveau auf 30 000 zusammenschmelzen.**

**Weil schon bei jetzt fünf Prozent Milch-Überschuss so viele ruiniert werden, war sie sich mit Ilchmann einig, dass die Menge verknapppt werden müsse, um mit Molkereien und anderen Abnehmern wieder auf gleicher Augenhöhe verhandeln zu können.**

Das funktioniere aber nur, wenn Milchbauern solidarisch zusammenhalten beim Runterfahren, appellierte der ABL-Landwirt an den genossenschaftlichen Geist.

### **Kritik am Deutschen Milch Kontor**

Kritik gab es an dem in dieser Region und weit darüber hinaus dominierenden Milchabnehmer Deutsches Milch Kontor (DMK), weil der die schlechtesten Preise zahle.

Jörn Ehlers hob positiv hervor, dass die Landwirtschaft im Kreis Verden „sehr breit aufgestellt“ und daher nicht so krisenanfällig sei. Er kritisierte aber auch die Haltung, Agrarbetriebe nur wegen ihrer Größe schon „schief anzugucken“. Tatsache sei, dass heutige Boxenlaufställe viel tierhaltungsfreundlicher seien als frühere „dunkle Tropfsteinhöhlen“ mit Anbinden in kleineren Höfen.

Selbst der bestimmt nicht großlandwirtefreundliche Gregor Gysi habe darauf hingewiesen, dass es in Kleinbetrieben oft moderne „Selbstversklavung“ mit Arbeiten ohne Urlaub und bei wenig Verdienst gebe.

Zur Sprache kam auch schnell der Rieder 700-Kühe-Hof mit Erweiterungsplänen. Das müsse in den Räten politisch entschieden werden, und seine persönliche Meinung dazu sei unwichtig, stellt Samtgemeindebürgermeister Harald Hesse klar. Grünen-Ratsherr Dieter Mensen äußerte Befürchtungen, dass ortsfremde, auf Höchstprofit bedachte Kommanditisten dort einsteigen, wenn es finanziell eng werde.

### **Hochwertige Milch als Ausweg?**

Als weitere Auswege aus der Krise für Milchbauern wurden neben verstärkter Vermarktung beispielsweise hochwertiger „Weidemilch“-Produkte auch das Umsteigen auf Bio-Landwirtschaft genannt. Biomilch erziele ja den auskömmlichen Preis von 48 Cent, erläuterte der frühere Grünen-Landtagsabgeordnete und Kreistagspolitiker Erich von Hofe. Er moderierte die Podiumsrunde.

Harald Hesse erwähnte noch lobend den Lunsener Hof Peters, der sich mit Hofladen, Vermietung von Ferienwohnungen und Produkten freilaufender Hühner vielversprechende neue Bereiche erschlossen habe.

Einen auskömmlichen Preis – von Hofe nannte mit Bezug auf aktuelle Berechnungen mindestens 40 Cent – gebe es gar nicht, wandte eine junge Zuhörerin ein, die nach eigenen Worten von einem großen Hof aus dem Kreis Osterholz „mit Massentierhaltung“ kam.

Der eine komme mit niedrigeren Preisen aus, dem anderen reichten auch 40 Cent nicht, merkte sie an. Von Hofe bedankte sich abschließend für die interessante und anregende Debatte.

**Lesen Sie auch:**

[DMK kündigt an: Milchpreise steigen](#)

## **REWE lässt eigene Weidemilch zertifizieren**

01.06.2017 – 14:00

**Köln (ots) - Kunden erkennen Produkte am Siegel "Pro Weideland - Deutsche Weidecharta"**

Ab Mitte August bietet REWE in einigen Bundesländern zertifizierte Weidemilch unter der Eigenmarke REWE Beste Wahl an. Das Siegel "PRO WEIDELAND - Deutsche Weidecharta" steht für verbindliche Kriterien, auf die sich ein Bündnis von 20 Organisationen aus Landwirtschaft, Umwelt- und Naturschutz, Tierschutz, Milchwirtschaft und Wissenschaft verständigt hat.

REWE hat Weidemilch bereits seit längerer Zeit im Eigenmarkensortiment. Das Siegel, das vom Grünlandzentrum Niedersachsen/ Bremen e.V. vergeben wird, gewährleistet die Einhaltung von verbindlichen Nachhaltigkeits- und Tierwohlkriterien für die Erzeugung und Vermarktung von Weidemilchprodukten. So stammt die zertifizierte Weidemilch von Kühen, die an mehr als 120 Tagen im Jahr für mindestens sechs Stunden täglich auf der Weide grasen. Jeder Kuh stehen mindestens 2.000 Quadratmeter wertvolles Dauergrünland zur Verfügung davon mindestens 1.000 Quadratmeter als Weidefläche. Neben dem Futter von Wiesen und Weiden kommt ausschließlich gentechnikfreies Futtermittel zum Einsatz. Auch die Umwelt profitiert: Durch die Weidehaltung von Kühen bleibt das Weideland in seiner charakteristischen Form erhalten und somit wichtiger Lebensraum zahlreicher Pflanzen und Tiere. Neben den positiven Effekten für Umwelt und Tiere trägt das Siegel auch zu einer einheitlichen und transparenten Kennzeichnung von Weidemilchprodukten im Sinne der Verbraucher bei.

"PRO WEIDELAND - Deutsche Weidecharta" ist das Ergebnis eines dreijährigen Projektauftrages vom niedersächsischen Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz. Zu den Akteuren, die an den Anforderungen für das deutsche Weidemilch-Siegel mitgearbeitet haben, gehören neben der Universität Göttingen und der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE) auch der Naturschutzbund Deutschland e.V. (NABU) sowie der Bund für Umwelt und Naturschutz e.V. (BUND).

Die zertifizierte, frische Weidemilch von REWE Beste Wahl gibt es in verschiedenen Fettstufen zunächst in ca. 1400 REWE-Märkten in NRW, Hamburg, Bremen, Berlin, Niedersachsen, Mecklenburg Vorpommern, Brandenburg, Sachsen Anhalt, Sachsen, Thüringen, Rheinland-Pfalz und dem Saarland.

Über REWE:

Mit einem Umsatz von 18,4 Mrd. Euro (2016), rund 120.000 Mitarbeitern und weit über 3.000 REWE Märkten gehört die REWE Markt GmbH zu den führenden Unternehmen im deutschen Lebensmitteleinzelhandel. Die REWE Märkte werden als Filialen oder durch selbstständige REWE-Kaufleute betrieben.

Die genossenschaftliche REWE Group ist einer der führenden Handels- und Touristikkonzerne in Deutschland und Europa. Im Jahr 2016 erzielte das Unternehmen einen Gesamtaußenumsatz von über 54 Milliarden Euro. Die 1927 gegründete REWE Group ist mit ihren 330.000 Beschäftigten und 15.000 Märkten in 19 europäischen Ländern präsent. In Deutschland erwirtschafteten im Jahr 2016 rund 240.000 Mitarbeiter in rund 10.000 Märkten einen Umsatz von 39 Milliarden Euro.

**SWR – aktuell – 23.5.2017**

## **Ravensburger Großmolkerei vor der Fusion** **Lactalis will Omira übernehmen**

Der weltgrößte Hersteller von Milchprodukten, Lactalis, will die angeschlagene Ravensburger Molkerei Omira übernehmen. Die Genossenschaftsmitglieder von Omira müssen dem Plan noch zustimmen.

Wie Omira am Dienstag mitteilte, wolle Lactalis alle Produktionsanlagen und die Mitarbeiter von Omira übernehmen. Lactalis garantiere außerdem, in die Anlagen zu investieren. Gleichzeitig sichert Lactalis den Milchlieferanten von Omira einen festen Milchpreis für die Dauer von zehn Jahren zu. Lactalis unterstütze den von Omira eingeschlagenen Weg, sich weiter auf die Herstellung von Milchpulver zu spezialisieren.

Lactalis ist ein französisches Familienunternehmen in dritter Generation. Mit 75.000 Mitarbeitern auf allen Erdteilen setzte Lactalis im vergangenen Jahr 17 Milliarden Euro um. Zu den in Deutschland bekanntesten Produkten gehört der Camembert "Le Président".

## **EXPORT - Riskanter Erfolg**

*Kommentar von Wolfgang Piller, Bayerisches Landwirtschaftliches Wochenblatt, 24.05.2017*

**München - Die Chinesen, die Japaner, die Südkoreaner essen unser Schweinefleisch – der Export in die asiatischen Märkte ist ein Riesenerfolg. Dieser Markt ist gerade noch rechtzeitig wieder angesprungen, wer weiß, wie die lange Preiskrise an den Schweinemärkten letztes Jahr sich entwickelt hätte. Zur Erinnerung: Der weggebrochene russische Markt hatte ein Riesenloch hinterlassen.**

Dass [Asien](#) als Verbrauchsregion wieder auftaucht, ist kein Wunder. Dort wächst der Markt unaufhörlich. Es wachsen die Bevölkerungen und es wächst – solange die Weltkonjunktur mitmacht – der Wohlstand der städtischen Gesellschaften und damit

auch der Hunger nach Fleisch (was dort noch immer mit sozialem Aufstieg verknüpft ist). Übrigens: Der lukrative Verkauf der Schweinefüße, -ohren und -köpfe, also von hier kaum verkäuflichen, aber dort sehr geschätzten Koppelprodukten, macht nebenbei die Edelteile für die europäischen Verbraucher kostengünstig. Das merkt man insbesondere im Vergleich mit teurerem Label-Fleisch, dem Fleisch aus Tierwohl- oder Bioproduktion. Denn die Nebenprodukte können nur selten Preisaufschläge erzielen und so sinkt der Gesamtwert je Schwein. Das müssen die Label-Produkte über noch höhere Preise ausgleichen.

**Doch das Exportgeschäft ist auch ein riskanter Markt. Denn die Chancen dort ziehen jede Menge Konkurrenten an – US-Amerikaner, Kanadier, Brasilianer und nicht zuletzt die Mitbewerber aus der EU, alle wollen dort verkaufen.** Auch ein Riesenmarkt wie China ist irgendwann gesättigt. Zudem ist der Export nicht immer zuverlässig. Wie schnell man wieder draußen ist, musste Tönnies heuer im Februar erleben, als das Schlachtunternehmen für China gesperrt wurde (was seitdem nicht wieder rückgängig gemacht werden konnte). Und das Beispiel Russland zeigte überdeutlich, wie schnell ein ganzer Absatzraum wegen politischer Verwicklungen verloren gehen kann.

**MOZ – 30.5.2017**

## **Wolfsverordnung soll Abschuss erleichtern**

**Potsdam (MOZ) Umweltminister Jörg Vogelsänger (SPD) hat am Dienstag den Entwurf einer sogenannten Wolfsverordnung vorgelegt. Damit soll erstmals in Deutschland die Entnahme und damit in der Regel der Abschuss von Problemwölfen auf eine einfach handhabbare rechtliche Grundlage gestellt werden.**

**Neu dabei ist, dass nicht nur diejenigen Raubtiere als Problemfall definiert werden, die eine unmittelbare Gefahr für Menschen darstellen, beispielsweise weil sie ihre Scheu verloren haben und durch bewohnte Gebiete streifen. Stattdessen können auch diejenigen Tiere getötet werden, die mehrfach Schutzvorrichtungen für Weidetiere überwunden haben.**

Das hatten vor allem die Weidetierhalter gefordert, die in den vergangenen Monaten immer wieder davon berichteten, dass die angeblich sicheren Schutzzäune von einigen Wölfen überwunden werden. Wenn der Räuber erst einmal gelernt hat, wie er zu den Herden durchdringt, sei er nicht mehr von dieser bequemen und für ihn gefahrlosen Futtersuche abzubringen.

Mit der neuen Verordnung soll das Verwaltungsverfahren zur Einordnung eines Problemwolfes vereinfacht werden. Das Landesumweltamt soll dabei die Unteren Naturschutzbehörden der Landkreise beraten. Wird ein Abschuss notwendig, soll laut Ministerium zuerst der örtliche Jagdpächter damit beauftragt werden. Falls der Jagdpächter verzichtet, werden vom Landesumweltamt und den Jagdverbänden benannte Jäger den Auftrag erhalten.



Vogelsänger machte klar, dass es nicht um die Jagd auf Wölfe geht. Das Tier bleibe weiterhin streng geschützt "und wir akzeptieren, dass er zurückgekehrt ist", so der Minister. Allerdings sei der Handlungsdruck in Brandenburg besonders groß. Die Zahl der Wölfe steigt seit der Jahrtausendwende kontinuierlich an. Hier lebt inzwischen ein Drittel der Raubtiere deutschlandweit - 21 Rudel und zwei Paare wurden zuletzt in Brandenburg gezählt.

Der Verordnungsentwurf wird in den kommenden Wochen den betroffenen Verbänden zur Stellungnahme vorgelegt und tritt anschließend in Kraft. Der Naturschutzbund Deutschland (NABU) signalisierte am Dienstag sein Einverständnis. (Mit Adлераugen)

### **Märkische Allgemeine – 30.5.2017 – Alexander Riedel: Brandenburg legt Wolfsverordnung vor**

**Ein Drittel aller Wölfe in Deutschland leben in Brandenburg. Grund genug für die Landesregierung, nach bereits zahlreichen Angriffen auf Nutzvieh eine Wolfsverordnung vorzulegen – die bundesweit erste. Naturschützer, Bauern und Jäger haben nun einen Monat Zeit, den Entwurf zu prüfen.**

**Potsdam.** Brandenburgs Landesregierung hat als erste bundesweit eine Verordnung zum Umgang mit „Problemwölfen“ vorgelegt. Der Entwurf wurde am Dienstag Vertretern von Naturschutz, Landwirtschaft und Jagd vorgestellt, wie das Umweltministerium mitteilte.

Die Wolfsverordnung soll den Behörden ermöglichen, künftig schnell und rechtssicher auf die Frage nach einem möglichen Abschuss der streng geschützten Tiere reagieren zu können. Es gehe aber nicht um eine Jagd auf Wölfe, betonte Umweltminister Jörg Vogelsänger (SPD).

Die eingebundenen Verbände haben nun einen Monat Zeit, Anregungen und Bedenken zu äußern. [Schon auf dem 4. Wolfsplenium Ende April in Potsdam wurde die Verordnung angekündigt und kontrovers diskutiert.](#)

Der parlamentarische Geschäftsführer der Linksfraktion, Thomas Domres, sagte, die Diskussion um den Abschuss von Wölfen komme verfrüht. Es müsse erst einmal wissenschaftliche Daten geben. Die Frage sei, wie ein verhaltensauffälliger Wolf definiert werde.

In Brandenburg leben laut Ministerium derzeit 21 Wolfsrudel und zwei Paare, ungefähr ein Drittel aller Wölfe in Deutschland.

[Zuletzt hatte ein Wolf Mitte Mai in Kummersdorf \(Teltow-Fläming\) 30 Schafe gerissen.](#) Auch in brandenburgischen Städten sind bereits Wölfe gesichtet worden, so [in Rathenow](#) und zuletzt [in Potsdam](#).

## Früher Weidezaun, jetzt Schutzzaun

Betrifft: "Wolfssicher und beispielgebend" (EJZ vom 17. Mai)

Wir haben unlängst einen Hektar Rinderweide mit Festzäunen gebaut. Die Zäune wie immer aus eigener Tasche bezahlt. Aber die Arbeitszeit ist der größte Teil. Und wenn ich mir dann noch Maschinen ausleihen würde ... unbezahlbar. Man nimmt mal wieder ein Projekt als Beispiel, was sich der kleine Mann nie leisten könnte. Haben Sie als Redakteure mal nach der Gesamtsumme gefragt? Nicht der Zaun - wenn er denn mal gefördert wird - ist das teuerste Vergnügen, sondern der Rest. Augenwischerei und bestes Beispiel von Blenderei für die Mächtigerschützer, die solche Aktionen beklatschen und dabei weder von 12 bis Mittag denken können, noch an die Dinge, die da in Zukunft folgen werden. Interessant ist allerdings dabei, wie langsam, aber stetig das Wort Weidezaun (gegen Ausbruch) immer seltener gebraucht wird und an dessen Stelle der Schutzzaun (gegen Eindringen) im Sprachgebrauch erscheint. Und noch etwas möchte ich los werden.

Unsere letzten Schafe wurden ebenfalls hinter Wildzaun (1,40 Meter - übrigens empfiehlt das Wolfsbüro Rietschen diese Höhe) mit Untergrabungsschutz und Flatterband gerissen. Carola Tuschmo, Neschwitz

### ***hib - heute im bundestag Nr. 344 – 31.5.2017***

Neues aus Ausschüssen und aktuelle parlamentarische Initiativen

#### **04. Linke: Strenge Bodenmarktregulierung**

Berlin: (hib/EIS) Die Fraktion Die Linke drängt darauf, den Ausverkauf des Bodens an landwirtschaftsfremde Investoren zu stoppen und den Bodenmarkt im Interesse der Landwirtschaft strenger zu regulieren. Die Abgeordneten legen einen Antrag ([18/12551](#)) vor, der Maßnahmen zur Überwindung der Intransparenz auf dem Bodenmarkt fordert. Die Bundesregierung soll außerdem einen Gesetzentwurf vorlegen, der die Privatisierung von land- und forstwirtschaftlichen Flächen aus den Beständen der bundeseigenen Bodenverwertungs- und -verwaltungs GmbH (BVVG) stoppt und stattdessen den grundsätzlichen Vorrang der Vergabe langfristiger Nutzungsrechte und der Erbpacht regeln soll.

### ***Report Mainz – 30.5.2017:***

#### **In vielen Läden wird kein Tariflohn mehr bezahlt** **Rewe und Edeka in der Kritik**

Supermarktfilialen von Rewe und Edeka haben inzwischen neben den Discountern eine marktbeherrschende Stellung in Deutschland eingenommen. Doch nicht in allen wird nach Tarif bezahlt.

Nur die Filialen, die zum jeweiligen Konzern gehören, garantieren den Tariflohn, die sogenannten eigentümergeführten Märkte nicht. Bei Edeka sind das immerhin 80 % aller Märkte, bei Rewe 40 %, die so nicht mehr den Tariflohn garantieren. Gegenüber Report Mainz beschwerten sich Mitarbeiter dieser Märkte über Dumpinglöhne, über das willkürliche Streichen von Zulagen. Die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di berichtet, dass die Löhne hier um bis zu 30 Prozent zurückgegangen seien.

***NDR - 01.06.2017***

## **Neues Gesetz gegen Missstände in Schlachthöfen**

Alles sollte besser werden für die meist osteuropäischen Arbeitnehmer in den deutschen Schlachthöfen, von denen viele in Niedersachsen liegen. Doch in der Realität sieht es offenbar immer noch anders aus: Laut Gewerkschaften sind in großen Schlachtbetrieben viele Menschen zu miserablen Bedingungen beschäftigt. Sie sollen überhöhte Mieten für schlechte Behausungen zahlen müssen sowie Opfer von Trickereien bei Arbeitszeit und Ausrüstung sein. Im Bundestag soll deshalb heute ein neues Gesetz auf den Weg gebracht werden.

### **Koalition will Gesetz beschließen**

Die Koalition von SPD und Union will nun in der Nacht das "Gesetz zur Sicherung von Arbeitnehmerrechten in der Fleischwirtschaft" beschließen. "Trotz aller Bemühungen gibt es in der Fleischindustrie weiterhin viele schwarze Schafe", sagte der Graftschafter Bundestagsabgeordnete Albert Stegemann (CDU) NDR 1 Niedersachsen. Sie missbrauchten die flexiblen Arbeitsmarktstrukturen. Damit müsse jetzt Schluss sein.

### **Keine Arbeitsmittel mehr vom Lohn?**

Zukünftig sollen die Unternehmen der Fleischwirtschaft nach dem sogenannten Arbeitnehmerentsendegesetz auch für Subunternehmen haften. Um Betrug mit gefälschten Stundenzetteln zu beenden, sollen geleistete Stunden künftig detailliert aufgezeichnet werden. Arbeitsmittel wie Schürzen und Schutzhandschuhe dürfen nicht mehr vom Lohn abgezogen werden.

Das Gesetz soll im August in Kraft treten.

## **Berichte über Auseinandersetzungen um Groß-Tierhaltungsanlagen:**

*Kreiszeitung - 01.06.17 - Pläne für Sauenställe vom Tisch*

### **Eckebrecht zieht Bauantrag zurück**

**Asendorf - Von Mareike Hahn. Michael Eckebrecht wird keine Anlage für 1000 Sauen mit Ferkelplätzen am Arbster Weg in Asendorf errichten.**

Der heimische Landwirt hat seinen Bauantrag beim Landkreis Diepholz zurückgezogen. Das bestätigt Stephan Maaß, Fachbereichsleiter Planen und Bauen, auf Anfrage.

Eckebrecht nennt als Hauptgrund für den Rückzug „die allgemeine politische Diskussion“. „Man weiß nicht, woran man planungsrechtlich ist und was noch wie lange erlaubt sein wird“, sagt er auch mit Blick auf das sogenannte Kastenstand-Urteil.

Das Magdeburger Oberverwaltungsgericht hat Ende 2016 festgelegt, dass die Kastenstände so breit sein müssen, dass sich die Tiere hinlegen können, ohne mit ihren Beinen in den Kastenstand der Nachbarsau zu gelangen. „So wie ich den Bauantrag gestellt hatte, wäre er wohl ohnehin nicht durchgegangen, da auch Kastenstände vorgesehen waren“, sagt Michael Eckebrecht.

Seine Pläne für den Bau zweier Ställe – einer sollte 91 Meter lang und 61 Meter breit werden, der andere 77 mal 48 Meter groß – hatten in der Gemeinde für Aufruhr gesorgt. Im Sommer 2015 gründete sich die „Asendorfer Bürgerinitiative gegen Massen-Tierhaltung“ und startete verschiedene Aktionen. Gleichzeitig verzögerte sich die Genehmigung des Bauantrags. Ende vergangenen Jahres fehlten dem Landkreis nach Maaß' Angaben noch Unterlagen vom Antragsteller.

Die Proteste der Bürgerinitiative haben seine Entscheidung „eher am Rande“ beeinflusst, sagt Eckebrecht. Er spricht von einer „allgemeinen Hetzkampagne“ in den deutschen Medien. „Wenn man das so liest, muss man sich als Landwirt ja wie ein schlechter Mensch vorkommen.“

Der Schritt sei ihm nicht leicht gefallen, sagt der Asendorfer. „Wirtschaftlich wäre der Stallbau sinnvoll. Und in dem Bauantrag stecken Geld und Kraft. Aber ich habe gemerkt, dass mir das auch persönlich zu schaffen macht.“ Ein anderes Projekt am Arbster Weg plane er nicht.

Dass der Bauantrag vom Tisch ist, heißt für die Bürgerinitiative nicht, dass sie ihre Arbeit beendet. „Wir begrüßen die Entscheidung von Michael Eckebrecht“, sagt Mitglied Heide Strangmann. „Unsere Initiative wird es aber weiter geben.“

Sie und ihre Mitstreiter wollen auch in Zukunft gegen Massentierhaltung kämpfen. Gleichzeitig ist es ihnen wichtig, aufklärerische Arbeit zu leisten und von Stallbauten bedrohten Anwohnern beratend zur Seite zu stehen. Erreichbar ist die Gruppe über ihre Homepage: [www.asendorfer-bi.de](http://www.asendorfer-bi.de)

**MOZ – Mai 2017:**

**FRIEDHELM BRENNECKE 27.05.2017 06:30 UHR**

**RED. ORANIENBURG, [LOKALES@ORANIENBURGER-GENERALANZEIGER.DE](mailto:LOKALES@ORANIENBURGER-GENERALANZEIGER.DE)**

## **Olaf Bendin zu Massentierhaltung: "CDU-Antrag birgt zu viele Risiken"**

Germendorf (OGA) Wenn Olaf Bendin aus dem Fenster schaut, sieht er nur grünes Weideland. Das meiste davon ist Familieneigentum, weitere Flächen sind dazu gepachtet. Auf insgesamt 30 Hektar hält der Handwerksmeister, SPD-Stadtverordnete und Germendorfer Ortsvorsteher, der seit 2014 auch Landwirt im Nebenerwerb ist, bis zu 100 Zwergzeburinder.

Diese Wildtierrasse hat es dem 54-Jährigen angetan. "Die Tiere sind genügsam. Sie bleiben das ganze Jahr über auf der Weide und ernähren sich nur von Gras und Heu", erklärt Bendin. Ohne Mastfutter sind die Rinder bei dieser natürlichen Haltung nach rund drei Jahren schlachtreif, bringen dann zwischen 250 und 300 Kilogramm auf die Waage. 150 bis 180 Kilo zartes Fleisch ist die Ausbeute. Schlachten lässt Bendin derzeit im Schlachthof Hakenberg, trägt sich aber ernsthaft mit dem Gedanken, eine eigene Schlachtung aufzubauen.

Diese Art der naturnahen Landwirtschaft will Bendin unbedingt erhalten. Sein jüngerer Sohn Hannes, ebenfalls inzwischen Handwerksmeister, hat seinerseits ein Faible für die Landwirtschaft, hilft seinem Vater demnächst beim Heumachen und setzt eine Familientradition fort, die mit dem Tod seines Großvaters auszusterben drohte. "In wenigen Wochen sind wir rund um die Uhr gefragt, wenn sich Nachwuchs bei 15 bis 18 Zwergzeburinderdamen einstellt", sagt Olaf Bendin.

**Bauchschmerzen hat der Stadtverordnete Olaf Bendin derzeit allerdings mit einem Änderungsantrag der CDU-Fraktion zum Beteiligungsverfahren zur geplanten Legehennenanlage in Zehlendorf. Nördlich der Schmachtenhagener Straße zwischen Goldnebelhof und Zehlendorfer Bauernsiedlung möchte der Investor Josef Vortallen zwei Legehennenbetriebe mit jeweils 21 000 Tierplätzen errichten. Aktuell ist die Stadt Oranienburg an dem förmlichen immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren durch das Landesumweltamt beteiligt worden und muss bis zum 15. Juni dazu Stellung nehmen.**

Die Stadt lässt sich dabei von einer Fachkanzlei juristisch beraten. Die Stadtverordneten haben mehrheitlich grundsätzlich bekundet, dass sie einer derartigen Massentierhaltung kritisch gegenüberstehen. Die BI "Contra Eierfabrik" hat mehrfach gegen ein solches Vorhaben protestiert und erhebliche Bedenken gegen eine derartige Anlage mit Tausenden Hennen vorgebracht. Befürchtet werden Gestank, der massenhafte Anfall von Tierkot, der das Grundwasser verseuchen kann, und ein vermehrtes Auftreten von multiresistenten Keimen sowie Bioaerosole, die schwere Atemwegserkrankungen hervorrufen können.

Der Änderungsantrag der CDU-Fraktion sieht vor, dass die Stadt einen Bebauungsplan "Tierhaltungsanlagen Oranienburg" aufstellt. Ein solcher Plan würde alle Außenbereiche der Stadt umfassen. Mit ihm, so sieht es die CDU-Fraktion, ließe sich die Ansiedlung von Massentierhaltungen sowohl gewerblicher wie auch landwirtschaftlicher Art steuern. Der B-Plan könnte Auflagen enthalten, an die sich eine solche Anlage am geplanten Standort halten müsste. Er hätte aber auch alternative Flächen auszuweisen, wenn die Tieranlage an dem Standort für unverträglich gehalten würde.

"Das kann alles sein", sagt Olaf Bendin, für den allerdings die Risiken eines solchen B-Planes deutlich überwiegen. "Ich befürchte, wenn wir einen solchen B-Plan aufstellen, dass die Preise für landwirtschaftliche Flächen weiter kräftig in die Höhe schnellen und der Spekulation Tür und Tor geöffnet wird", sagt der Germendorfer. Dabei sieht er weniger seine naturnahe Landwirtschaft in Gefahr, die ja überwiegend auf eigenen Flächen stattfindet. Allerdings gebe es in Germendorf ein großes Potenzial an landwirtschaftlichen Ländereien, die im Eigentum zahlreicher Besitzer stünden und die jetzt verpachtet seien. Sollte der von der CDU geforderte Bebauungsplan "Tierhaltungsanlagen Oranienburg" zu dem Schluss kommen, dass Zehlendorf als Standort der von Josef Vortallen geplanten Anlage nicht in Betracht kommt, dann rücke unweigerlich Germendorf in den Fokus. "Dann wären wir in Germendorf nicht mehr vor einer Massentierhaltung, gleich welcher Art, sicher. Das können Hühner oder aber auch Schweine sein", sagt Bendin. Ein solches Szenario wolle er unbedingt von Germendorf abwenden, das bereits mit der ehemaligen Mülldeponie gestraft sei.

Auch SPD-Fraktionschef Dirk Blettermann, der den CDU-Antrag zunächst als genial lobte, sei inzwischen anderer Auffassung. Im Hauptausschuss wurde der Antrag bei Bendins Enthaltung angenommen. "Wir haben den CDU-Vorschlag in der Fraktion kontrovers diskutiert", sagt Bendin. Als Prüfauftrag an die Verwaltung könne er den Antrag am Montag im Stadtparlament noch mittragen, "ihn aber als B-Plan 'Tierhaltungsanlagen' zu beschließen, birgt einfach zu viele Risiken", sagt Olaf Bendin.

**HNA – 23.5.2017:**

**Nein zu neuen Ställen**

**Tierschützer protestierten vor Hähnchen-Mastanlage in Dorla**

**Dorla. Mit diesen Plänen sind viele Menschen nicht einverstanden: In Gudensberg-Dorla soll eine 1900 Quadratmeter große Hähnchen-Mastanlage für 37.000 Tiere entstehen.**

Dagegen protestierten am Samstag rund 50 Mitglieder der Bürgerinitiative Chattengau. Sie sprachen sich gegen eine weitere Anlage und vor allem gegen die Massentierhaltung generell aus.

Vertreter von Umwelt- und Tierschutzorganisationen, Parteien und anderen Initiativen bezogen bei der Demo deutlich sichtbare Position. Und die entspricht einem klaren Nein zu dem immer größeren Bedarf des in Gudensberg vertretenen Konzerns Plukon.

Um den zu decken, rechnete Sprecher Andreas Grede von der Bürgerinitiative vor, seien rein rechnerisch 30 Stallneubauten nötig. Nur so sei die verstärkte Nachfrage des vergrößerten Gudensberger Geflügelschlachthofs zu decken.

Der Konzern Plukon, sagte Grede, erwirtschaftete einen Jahresumsatz von 1,4 Milliarden Euro durchs Schlachten von Abermillionen Tieren. Ebenfalls leicht zu errechnen sei, dass in der vorhandenen Mastanlage mehr als 20 Tiere auf einem Quadratmeter zusammengepfercht seien.

Auch andere Zahlen sollten zu denken geben: So würden in Brake an der Weser jährlich fast sieben Millionen Tonnen Tierfutter aus Übersee umgeschlagen, während das Fleisch der damit gemästeten Tiere wiederum in 125 Länder exportiert werde. Deutschland sei zur Schlachtbank Europas verkommen, kritisierte Grede.

Auch Greenpeace protestiert gegen die Missstände: Der Stall im Hintergrund hat eine Grundfläche von 1900 Quadratmetern. Die müssen für 39 000 Tiere reichen.

**Mit Bedarfsdeckung und Verbrauchernachfrage habe das schon lange nichts mehr zu tun.**

Das Hauptmotiv für die Aktivitäten der Bürgerinitiative sei der Tierschutz, sagte Grede, doch gehe es auch um krasse Veränderung der Landschaft und die Belastung der Umwelt – und damit auch um die Gesundheitsgefährdung der Anwohner. Es sei kein Wunder, dass sich immer mehr Menschen dagegen wehrten.

Wolfram Bauer von der Bürgerinitiative ProSeigertshausen wies auf das privilegierte Baurecht für Landwirte hin, das erst den Bau solcher Mastanlagen ermögliche. Bauers Hoffnung: dass die Aufklärung über die Schäden viele Landwirte zur Einsicht bringe.

Auch in Waldeck wurde eine Bürgerinitiative gegründet: Sie spricht sich gegen „den Wahnsinn“ aus, eine riesige Mastanlage für über 70000 Tiere in einem Ort zu bauen, der demnächst als heilklimatischer Kneippkurort anerkannt werden wolle.

Der wachsende Protest lasse auf Veränderungen hoffen, sagte Andreas Grede von der Bürgerinitiative: „Immer mehr Menschen begreifen die Konsequenzen des ungezügeltten Wachstums: Das zieht viel Leid von Mensch und Tier nach sich.“

**NWZ - 11.05.2017**

## **HÄHNCHENMAST**

### **Kritiker sehen Gefahr für Tourismus**

Olaf Ulbrich und Gösta Berwing

Laut Verwaltung liegt der Stadt ein Antrag auf gewerbliche Tierhaltung vor. Die Anlage könnte deshalb in ein Sondergebiet verwiesen werden.

**DANGAST** Mit Protestschildern und Transparenten haben die Gegner des geplanten Hähnchenmaststalls in der Nähe von Dangast einen „informellen Spaziergang“ zum angedachten Standort an der Wehgaster Straße unternommen. Eingeladen hatten der Kur- und Fremdenverkehrsverein, die Bürgerinitiative Dangast sowie die Regionalgruppe Varel des Vegetarier-Bundes Deutschland. Auch vier Vareler Ratsmitglieder nahmen teil.

Was wird kritisiert?

Die Kritiker befürchten durch den Bau der Anlage für bis zu 30 000 Tiere „extrem negative Auswirkungen“ auf die Umwelt und den Tourismus. „Das wäre eine Katastrophe für Dangast“, sagte Prof. [Nico Paech](#) aus Oldenburg am Dienstag. Für den Wirtschaftswissenschaftler ist die Nachhaltigkeit ein wichtiges Thema. Er forderte: „Weg vom Konsum, hin zu einem Lebensstil, der nicht die Umwelt und damit unsere Lebensgrundlagen plündert.“

Was ist geplant?

Vorgesehen sei laut Investor ein „landwirtschaftlich-gewerblicher Betrieb“. Er beabsichtigt, an der Wehgaster Straße einen Stall mit einer Kapazität von bis zu 30 000 Masthähnchen zu errichten, plane aber nicht, diese maximale Zahl dort auch zu halten. Der Stall würde auch weitaus weniger aufnehmen als in konventioneller Mast mit 30 000 Tieren.

Gibt es einen Antrag?

Ja. Der Stadt Varel liegt ein entsprechender Bauantrag vor. Nach Gesprächen mit der Stadt wurde eine bereits 2014 eingereichte Bauvoranfrage modifiziert: Die geplante Mastanlage wurde noch weiter nach Osten verlegt. Auch ein neues Emissionsschutzgutachten sei positiv für den neuen Standort ausgefallen.

wann wird genehmigt?



Baut der Betrieb mindestens die Hälfte des für die Aufzucht benötigten Futters auf eigenen oder dauerhaft gepachteten Flächen an, handelt es sich um ein privilegiertes landwirtschaftliches Vorhaben. Dieses hat grundsätzlichen Anspruch auf Genehmigung – falls es öffentlichen Belangen nicht entgegensteht. Laut Stadtverwaltung sei der Nachweis einer eigenen Futtergrundlage aber „nicht erbracht worden. Dementsprechend handelt es sich um eine gewerbliche Tierhaltungsanlage.“

Wann wird abgelehnt?

Wird eine gewerbliche Geflügelmast betrieben, kann der Antragsteller auf ein von der Stadt ausgewiesenes Sondergebiet „Geflügel-Mastställe“ verwiesen werden. Doch in Varel gibt es solche Vorranggebiete derzeit noch nicht.

**MOZ - 28. Mai 2017.**

## **Hühnerhof in NVA-Hallen**

**Neuhardenberg (MOZ) Landwirt Tobias Winnige aus Neu Rosenthal will auf dem Gelände des ehemaligen Kfz-Parks der NVA-Kaserne am Neuhardenberger Flugplatz einen Geflügelhof betreiben. Die Gemeindevertreter haben grünes Licht für das Vorhaben gegeben.**

Die Entscheidung der Neuhardenberger Abgeordneten fiel einstimmig: Bernd Winnige darf einen Bebauungsplan für den geplanten Geflügelhof an der B167 zwischen Neuhardenberg und seinem Ortsteil Altfriedland erstellen lassen. Bei dem Areal handelt es sich um den ehemaligen Technikstützpunkt der NVA im Süden des Flugplatzes, den der Landwirt vom Flugplatzbetreiber, der Airport Neuhardenberg GmbH, erworben hat.

Die Anlage, die sich etwa einen Kilometer nordwestlich der Ortslage von Neuhardenberg mit seinem Schlossensemble befindet, liege außerhalb des Emissionsbereiches, erklärte der Abgeordnete Jürgen Auge (Linke). Soll heißen: Die Neuhardenberger würden die Hühner nicht riechen, die vor ihrer Haustür gemästet werden sollen.

Die Gemeindevertreter sehen in dem Geflügelhof eine willkommene Wirtschaftsansiedlung, durch die Arbeitsplätze geschaffen werden und Steuern sprudeln. Denn Bernd Winnige hat angekündigt, in Neuhardenberg den Wirtschaftshof seines Landwirtschaftsbetriebes zu errichten, der seinen Sitz bislang im wenige Kilometer entfernten Neu Rosenthal, einem Ortsteil von Kiehnwerder, hat. **Dort hat der 38 Jahre junge Landwirt vor fünf Jahren auch seine erste Hähnchenmastanlage errichtet. In der aus sechs Ställen bestehenden Anlage gibt es 324 000 Mastplätze.** Anders als die Enten- scheint die Broilermast zu boomen.

Aufgrund der "positiven Erfahrungen" in Kiehnwerder und der Marktsituation plane Tobias Winnige nun die Erweiterung, heißt es in der Sachdarstellung zum Beschluss. **In Neuhardenberg sollen drei Ställe mit bis zu 156 000 Mastplätzen entstehen.**

Doch diesmal will Tobias Winnige nicht neu bauen. Der Landwirt plane, die einstigen Kfz-Hallen nach zu nutzen, sie nur insgesamt neu zu überdachen und zu verbinden, hieß es in der Beratung der Gemeindevertreter.

Der potenzielle Investor hat sich gegenüber der Gemeinde zur Übernahme aller Kosten im Zusammenhang mit der Planung verpflichtet. Diese wird eine Umweltverträglichkeitsprüfung beinhalten. Neuhardenberger, die Fragen oder Bedenken zum Geflügelhof haben, sollen diese in einer Bürgerversammlung vorbringen können. Auf dem Hof sollen auch eine Wohnung, Tankstelle, Waage und Lagerhallen entstehen.

*Hersfelder Zeitung - 12.05.17:*

**Gemeinde Friedewald steigt in Bauleitplanung ein**

## **Hähnchenmastanlage in Hillartshausen soll wachsen**

**Hillartshausen. Dass zur Gemeindevertreterversammlung am Mittwochabend sämtliche Zuschauerplätze in Bürgerbegegnungsstätte Lautenhausen unbesetzt blieben, sorgte bei Bürgermeister Dirk Noll und der Parlamentsvorsitzenden Birgit Licht sichtlich für Verwunderung. Schließlich stand mit dem Hähnchenmaststall im Ortsteil Hillartshausen ein Thema auf der Tagesordnung, das vor rund fünf Jahren die Gemüter in der Dreienberggemeinde erhitzt hatte.**

Jetzt will die Betreiberfamilie Weitz die Anlage um eine baugleiche Halle erweitern. **Die Zahl der in einem Durchgang gemästeten Tiere würde sich damit auf 107 000 verdoppeln** (unsere Zeitung berichtete).

Den Grundsatzbeschluss, in die entsprechende Bauleitplanung einzusteigen, fassten die Gemeindevertreter am Mittwoch einstimmig bei vier Enthaltungen. Ob es überhaupt ein Genehmigungsverfahren für die Erweiterung geben wird, stand dabei allerdings auch nicht zur Debatte – sonder vielmehr die Frage, ob mit oder ohne Beteiligung der Gemeinde. Denn eigentlich handelt es sich bei landwirtschaftlichen Einrichtungen im Außenbereich um sogenannte privilegierte Bauvorhaben, über welche das Regierungspräsidium entscheidet.

Für diese Variante müssen die Betreiber allerdings über genügend Flächen verfügen, um theoretisch mehr als die Hälfte des benötigten Futters selbst erzeugen zu können. Genau das ist in Hillartshausen der Knackpunkt: Bei einer Informationsveranstaltung im Februar war von rund 100 Hektar fehlender Fläche die Rede.

Deshalb ist das Bauleitverfahren nötig, in dem die Gemeinde Auflagen auch formulieren kann.

**MDR Thüringen – 28.4.2017:**

Remda | Saalfeld-Rudolstadt

## **Schweinegestank-Gegner weisen auf starken Geruch hin**

**Vielen Menschen in Remda stinkt es zum Himmel: Die dortige Schweinezuchtanlage beeinträchtigt die Lebensqualität im Städtchen, sagen sie. Ein eigener Gutachter gibt ihnen jetzt recht.**

Die Gerüche rund um die Schweinezuchtanlage RemPig in Remda (Landkreis Saalfeld-Rudolstadt) sollen die gesetzlichen Richtwerte überschreiten. Zu diesem Ergebnis kommt ein Gutachten, das die Bürgerinitiative Pro Remda in Auftrag gegeben hat. Laut dem beauftragten Sachverständigen André Zorn tritt die Geruchsbelastung an 20, teilweise auch 30 Prozent der Jahresstunden auf. Laut Gesetz darf sie aber nur an 10 bis 15 Prozent der Jahresstunden auftreten. "Das ist eine erhebliche Überschreitung der Grenzwerte", sagte Zorn. Seit zwei Jahren misst er die Luftströme im Ort, um herauszufinden wie oft es tatsächlich stinkt.

### **Betreiber will Anlage erweitern**

In der Schweinezuchtanlage werden derzeit 7.500 Tiere gehalten. Der Betreiber will die Anlage demnächst erweitern. Geplant ist, den Schweinebestand nahezu zu verdoppeln. Die Remdaer befürchten, dass der Gestank damit noch zunimmt. Laut einem älteren Gutachten lag die Geruchsbelastung zuletzt im gesetzlichen Rahmen. Die Bürgerinitiative Pro Remda sah das anders - und beauftragte mit Zorn deshalb ihren eigenen Gutachter.

Aus Sicht des Umweltamts des Kreises Saalfeld-Rudolstadt gibt es keinen akuten Handlungsbedarf. Das Gutachten werde geprüft, heißt es schriftlich aus dem Landratsamt. Außerdem bekämen aufgrund einer neuen Richtlinie alle Tierhaltungsanlagen demnächst einen Abluftfilter. Das Thüringer Umweltministerium hat den zuständigen Behörden im vergangenen Jahr eine Zeit von zwei Jahren ab Inkrafttreten des Filtererlasses eingeräumt - bis August 2018.

### **Auch BUND bemängelt Gestank**

Auch der Bund für Umwelt und Naturschutz Thüringen (BUND) bemängelt den Gestank. Burkhard Vogel vom BUND sagte, die Behörde müsse handeln - durch sofortige Auflagen für Filteranlagen. Im Zweifelsfall müsse die Anlage stillgelegt werden. Die Bürgerinitiative aus Remda will nun das Umweltministerium in Erfurt als zuständige Aufsichtsbehörde informieren. Auch gegen eine Vergrößerung des Betriebs wollen sich die Menschen wehren.

**Märkische Allgemeine – 26.4.2017 – Sandra Bels:**

## **Gumtow**

### **Neue Pläne in Sachen Hähnchenmast**

Die Diskussion um eine Hähnchenmastanlage in Gumtow-Heinzhof geht weiter. Nachdem die ursprünglich geplante Großanlage nicht genehmigt worden war, will der Investor nun kleiner bauen und statt 400 000 Hähnchen nur noch 85 000 halten.

**Gumtow.** Das Thema Hähnchenmast in Gumtow ist noch nicht zu Ende diskutiert. Bei der Sitzung des Hauptausschusses der Gemeindevertretung Gumtow am Dienstagabend lag eine Informationsvorlage auf dem Tisch. Demnach will der Investor, sein Name wurde nicht genannt, statt der ursprünglich geplanten Großanlage, die nicht genehmigt worden war, nun etwas kleiner bauen.

Bürgermeister Stefan Freimark sagt, dass es ein Gespräch zwischen ihm und dem Vorhabenträger gegeben hat. Er sei an die Gemeinde herangetreten. Geplant ist jetzt eine Hähnchenmastanlage in deutlich veränderter Form. Laut Freimark soll es sich dabei um eine so genannte Fairmast-Anlage handeln. Diese Form erfülle die Tierwohlkriterien und wird vom Land Brandenburg gefördert.

Die Hühner werden 56 Tage gemästet

In der Informationsvorlage steht, welche Veränderungen vorgesehen sind. So sollen nicht acht Ställe, sondern vier gebaut werden. Es geht nicht mehr um die Haltung von 400 000 Tieren, sondern um 85 000 Hähnchen. In einem Stall soll es statt der ursprünglich 50 000 Mastplätze nun 21 250 geben. Weiterhin ist zu lesen, dass zehn Tiere pro Quadratmeter gehalten werden sollen. Den Tieren würden zusätzlich überdachte Auslaufflächen zur Verfügung stehen, heißt es. Die Hühner werden nicht 35 Tage, sondern 56 Tage gemästet und die Gewichtszunahme pro Tag und pro Tier beträgt 50 Gramm.

Die Hühner sollen auf Stroh oder Torf stehen und mit Weizen gefüttert werden, ist der Vorlage zu entnehmen. Ebenso, dass sich der Futterbetrieb in Rapshagen befindet und der Weizen in einem Silo auf dem Gelände gelagert werden soll. Geplant ist zudem, den Hühnermist in die benachbarte Biogasanlage einzubringen, was dann zu einer Verringerung des Maisanbaus führen soll.

All diese Veränderungen wurden von Freimark vorgetragen und blieben unkommentiert. Der Bürgermeister erklärte den Ausschussmitgliedern aber, dass die Tierschutzstiftung „Vier Pfoten“ diese Mastbedingungen mitentwickelt hat. Er sagte auch, dass selbst diese Art der Mast umstritten ist. Ein Vorwurf sei, dass die Betriebe die Kriterien nicht einhalten würden. Man finde solche Kommentare unter anderem im Internet, so Freimark.

Investor nahm nicht an der Ausschusssitzung teil

Der Investor war nicht zur Hauptausschusssitzung gekommen. Von den Mitgliedern wurde kritisiert, dass detaillierte Unterlagen zum Vorhaben erst zur nächsten Gemeindevertreterversammlung ausgegeben werden sollen. Aus Zeitgründen sei das dem Investor zum Hauptausschuss nicht möglich gewesen, so Freimark.

Gemeindevertreter Bernd Teickner hatte sich zu Beginn der Diskussion für befangen erklärt und ins Publikum gesetzt. Zuvor sagte er aber noch, dass die Landwirte in Gumtow-Heinzhof nicht die Investoren für die Hähnchenmastanlage sind.

Thema am 16. Mai in der Gemeindevertretersitzung

In der Diskussion wurde gefragt, ob der Investor derjenige ist, der die Großanlage in Gumtow bauen wollte, gegen die sich heftiger Widerstand geregt und eine Bürgerinitiative gebildet hatte. Freimark bejahte, nannte aber weiterhin keine Namen. Als Investoren standen damals die Gumtow Geflügel GmbH und die Irtoma Geflügel GmbH, die ihren Sitz in Gumtow hatten, bereit.

Der Bürgermeister wies auch darauf hin, dass es wie im Hauptausschuss auch in der Gemeindevertretersitzung nicht um einen Beschluss gehe, sondern lediglich über das Vorhaben informiert werden soll. „Wir müssen dann darüber beraten und uns grundsätzlich dazu verständigen, ob wir das wollen oder nicht“, so der Bürgermeister. Sein Wunsch ist es, dass bei der nächsten Gemeindevertretersitzung am 16. Mai Vertreter des Landes dabei sind.

***SVZ - Güstrower Anzeiger – 16.3.2017 – Regina Mai:***

### **Zukunft mit neuer Milchviehanlage sichern**

**Vorhaben des Landwirtschaftlichen Milchhofes in Kronskamp noch in den Kinderschuhen.**

**Eine neue Milchviehanlage für 1200 Tiere könnte zwischen Kronskamp und Striesdorf entstehen. „Wir versuchen eine Flucht nach vorn“, betont Ralf Kocher, Geschäftsführer des Landwirtschaftlichen Milchhofes „Am Recknitztal“. Das Vorhaben stecke aber noch in den Kinderschuhen.**

„Wir befinden uns in der umweltrechtlichen Vorplanung“, sagt Kocher. Der auserwählte Standort rechter Hand hinter Mückendorf in Richtung Striesdorf werde in den nächsten Monaten untersucht und ein Gutachten zum Standort angefertigt. „Es ist keine leichte Entscheidung gewesen“, sagt Kocher in einer Zeit, in der sich der Milchpreis – nach vielen Monaten in der Talsohle verharrend – jetzt erst wieder langsam erholt. „Unsere Milchviehanlage in Kronskamp ist 20 Jahre alt. Wir müssen jetzt etwas tun“, erklärt Kocher und geht offensiv mit dem Vorhaben um. Die Einwohner von Striesdorf habe man bereits informiert, ihnen erklärt, dass eine Modernisierung notwendig sei, eine Erweiterung am jetzigen Standort wegen der Nähe zum Dorf und zur Recknitz nicht infrage käme. Deshalb habe man ausschließlich für die Milchviehhaltung einen neuen Standort gesucht. „Wir müssen uns als Genossenschaft neu aufstellen, Arbeitsabläufe effektiver gestalten“, berichtet der Landwirt.

Rund 500 Kühe werden in Krons Kamp gemolken. Hinzu kommt eine eigene Nachzucht in der gleichen Größenordnung. Die Kälber werden in Krons Kamp geboren, bleiben dort einige Zeit und gehen dann nach Teschow, wo sie weiter aufgezogen werden, um dann als Milchkühe wieder nach Krons Kamp zurückzukehren. Das könne man effektiver gestalten, so Kocher Die Reproduktion könnte künftig in Krons Kamp konzentriert werden.

Kocher kann das Gerücht, dass Holländer bei Mückendorf eine Milchviehanlage errichten wollen, also entschärfen. Etwas aber sei an Gerüchten immer dran. Ein Holländer ist im vergangenen Jahr mit in die Genossenschaft eingestiegen. „Wir wollten uns verstärken. Wir werden auch älter, aber wollen einen Weg finden, wie wir die Genossenschaft in die Zukunft bekommen“, erklärt der Geschäftsführer der Genossenschaft. Wann eine neue Stallanlage gebaut werden kann, sei noch völlig offen. Wünschen würde sich Kocher einen Baubeginn im nächsten Jahr.

**Volksstimme – 11.5.2017 – Nora Stuhr:**

## **BÜRGERFORUM**

### **Schweinestall spaltet Gemüter**

**Der geplante Bau einer Schweinemastanlage bewegt Cochstedt. Rund 40 Bürger informierten sich jetzt über das Vorhaben.**

Cochstedt | Eigentlich sollte der Stadtrat in Hecklingen in der zurückliegenden Woche entscheiden, ob er dem Investor, der Hederslebener Zucht- und Mastbetriebe GmbH & Co. KG die Tür zum Start der Bauplanungen öffnet oder verschließt. Doch der Beschluss wurde vertagt, weil weiterer Klärungsbedarf bestand. Mehrheitlich stimmten die Räte dafür, dass der Investor weiter über sein Vorhaben informieren soll. Dazu kam es jetzt.

Vier von 21 Stadträten nutzten den Termin im Cochstedter Rathaus. Viele Einwohner waren zur Bürgerversammlung gekommen. Diese hatte Rathauschef Uwe Epperlein in Absprache mit dem Investor so schnell wie möglich auf die Beine gestellt. Der Unternehmer Phillip Staggborg ging zusammen mit dem Bauplaner der Anlage Mirko Leddermann auf Fragen ein.

#### **Filter gegen Geruch**

Der Investor, ein Unternehmen mit Stammsitz in Hedersleben (Landkreis Harz) betreibt dort bereits einen landwirtschaftlichen Betrieb mit rund 1100 Mastschweinen. Geschäftsführer ist der aus Niedersachsen stammende Phillip Staggborg. Er

betreibt seit vielen Jahren eine Ferkelzuchtanlage mit 4000 Tieren in Cochstedt am Ortsausgang Richtung Schadeleben und will die in die Jahre gekommenen Ställe jetzt abreißen lassen, dafür eine neue moderne Anlage für 4000 Mastschweine bauen und den Stammsitz dorthin verlagern.

Viele Fragen wurden während der Veranstaltung angesprochen. Großes Thema war die Befürchtung der Anwohner, dass der Geruch des neuen Stalls stärker belastet als bisher.

Dazu informierte Mirko Leddermann ausführlich, dass der neue Stall mit einer zertifizierten Abluftreinigungsanlage ausgestattet werden soll. Mit der Filterung verringere sich die Geruchsbelastung im Vergleich zur jetzigen alten Ferkelzuchtanlage sogar. Das Unternehmen sei außerdem dazu verpflichtet, sich an Grenzwerten zu orientieren. „Es gibt in Deutschland eine Geruchsimmissionsverordnung.“ Leddermann sprach von einer Immission, die „unter 300 Geruchseinheiten pro Kubikmeter“ liegt. „Sie können sicher sein, ...dass damit rund 90 Prozent der Gerüche herausgefiltert werden“, erklärte er.

Phillipp Staggengborg ergänzte, dass die eiweißreduzierte Fütterung der Tiere auch dazu führt, dass es weniger stinkt. „Das ist ja auch in unserem Interesse“, so Staggengborg.

### **Anwohner stellen Fragen**

Damit ging er auf eine Frage von Anwohner Gerold Becher ein. Der Cochstedter wollte wissen, ob die 300 Geruchseinheiten ein Dauergeruch sein werden.

„Ab und an stinkt es schon jetzt in Cochstedt“, spielte er auf unangenehme Gerüche der Gewürzpflanzenproduktion an, die die Bürger aber hinnehmen. „Wollen wir noch einen drauf setzen?“, merkte Becher zur Lebensqualität allgemein kritisch an.

Für Reiner Jelitto ergeben sich mit dem Wechsel von 4000 Ferkeln zu 4000 Mastschweinen große Unterschiede. „Die Frage ist, müssen wir das haben?“, gab der Cochstedter zu bedenken

### **Angst vor Lärm**

EnneForisch fürchtet, dass das Lärmaufkommen mit dem Wechsel zum Mastbetrieb für Cochstedt steigt. „Durch Cochstedt fährt kein einziger Lkw mit Schweinen“, sicherte Staggengborg zu, dass bei dem Transport zum Schlachthof über Hedersleben der Ort Cochstedt nicht durchquert werden muss.

Das Thema Tierschutz kochte Mittwochabend ebenfalls hoch. Vertreter der Ortsgruppe des BUND aus Cochstedt lehnen die konventionelle Tierhaltung in Ställen grundsätzlich ab. „In Sachsen-Anhalt gibt es keine Freilandhaltung für Schweine“, monierte eine Vertreterin. Sie müsse ihr Fleisch aus Bayern beziehen.

Sie wandte sich mit der Überlegung an den Investor, die Tiere statt in Ställen draußen zu halten.

### **BUND kritisiert Stallhaltung**

„Fleisch ist ein Lebensmittel, dass auch vermarktet werden muss“, ging Landwirt Arthur Taenzler auf die Barrikaden. Der Stadtrat aus Cochstedt (CDU/FDP-Fraktion) spielte auf viele Richtlinien und Grenzwerte an, die die Bauern bei der Produktion einzuhalten haben, und die es ihnen nicht leicht machen, damit sie von ihrem Gewerbe leben können. Freilandhaltung von Tieren, die er zusammen mit seinem Vater in Cochstedt betreibt, sei ausschließlich ein Hobby, erklärte er.

Für Hecklingens Bürgermeister Uwe Epplerin (Wählergemeinschaft Hecklingen) steht fest, dass der geplante Bau der Schweinehaltungsanlage ein sensibles Thema ist. Ihm sei auch bewusst, dass es Bürger gibt, die den Bau solcher Anlagen grundsätzlich ablehnen. Jedoch sei auch nicht von der Hand zu weisen, dass der Verbraucher mit seinem Einkaufsverhalten den Bau maßgeblich mitbestimmt.

„Wie viel lauter und heller soll die neue Anlage sein?“ Mit dieser Frage wandte sich Frieda Meyer an den Bauplaner. „Lauter auf keinen Fall“, sagte Leddermann. Darauf eingehend, dass die Tiere nachts nicht komplett orientierungslos sind, ergänzte Staggborg, dass in der Anlage dann gedimmtes Licht scheinen soll.

Außerdem wurde informiert, dass der Neubau höher wird als die jetzige alte Anlage. Staggborg sprach in diesem Zusammenhang von acht Metern, die das Gebäude dann misst.

### **Investor muss Gutachten erbringen**

Sicher ist, dass der Investor viele Gutachten erbringen und Richtlinien einhalten muss, wenn gebaut wird. Eine Geruchsausbreitungsrechnung ist vorzuweisen. Von einer artenschutzrechtlichen Prüfung war die Rede. Ein Umweltbericht wurde angesprochen. Eine FFH (Fauna-Flora-Habitat) Verträglichkeitsprüfung ist erforderlich und ein Gutachten, dass die Immission von Stickstoff und Ammoniak belegt, wurde genannt.

„Was der Investor macht, sollte man begrüßen“, findet Rolf Weißhaupt aus Cochstedt. Denn die Anlage ist für ihn nicht allein ausschlaggebend, wenn es um den Naturschutz geht. „Jeder sollte sich im Gespräch mit seinem Nachbarn fragen, was ist mein Beitrag zu Umwelt?“ Die Frage, warum der Investor aus Niedersachsen nach Cochstedt gekommen ist, stellt sich für Kathrin Weidner-Lohse. Staggborg sagte, dass die Tiere in Sachsen-Anhalt mehr Raum haben. „Wir haben hier eine flächenstarke Region“, so sein Argument.

### **Vorteile für Landwirte**



Für Kathrin Weidner-Lohse steht indes fest, dass die eigentlichen Gewinner des Ersatzneubaus der Anlage die Landwirte sind, die die Gülle abnehmen.

Die Cochstedter selbst und die Stadt haben ihrer Ansicht nach kaum einen Vorteil. Neue Arbeitsplätze werden mit dem Neubau nicht entstehen, erfuhren die Bürger. Und Einnahmen aus der Gewerbesteuer werden gering ausfallen, auch das wurde gesagt. „Aber Kleinvieh macht auch Mist“, sagte Bürgermeister Uwe Epplerin dazu. Er sprach sich am Mittwoch nochmals ausdrücklich dafür aus, dass er die Pläne des Investors begrüßt und unterstützt.

Der Stadtrat ist aber das entscheidende Gremium. Er wird auf seiner übernächsten Beratung am 4. Juli darüber abstimmen, ob er den Weg für den Start der Bauplanungen frei macht. Dann stehen die Aufstellungsbeschlüsse zur Änderung des Flächennutzungsplanes und des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes mit Durchführungs- und Erschließungsvertrag zur Abstimmung.

***MZ-Salzlandkreis – 22.5.2017 – Sophie Elstner:***

## **Cochstedt Landwirt plant Stall mit 4.000 Mastschweinen**

„Ich verstehe, dass das Vorhaben kritisch beäugt wird“, sagte Planer Mirko Leddermann. Er hat ein Konzept für den Umbau der Schweineställe am südlichen Ortsrand von Cochstedt entworfen - im Auftrag von Schweinezüchter Philipp Staggborg. Der Plan: Statt 4.000 Ferkeln sollen hier zukünftig 4.000 Mastschweine gehalten werden.

Dass das Vorhaben nicht bei allen Cochstedtern Begeisterung auslöst, wurde schon bei vergangenen Stadtratsitzungen deutlich (die MZ berichtete). Nun standen Züchter und Planer den Anwohnern in einer eigens anberaumten Informationsveranstaltung Rede und Antwort. Die Cochstedter fürchten vor allem eine stärkere Geruchsbelästigung im Ort.

Leddermann stellte nun unter anderem das Konzept einer Abluft-Reinigungsanlage vor. Vor allem, um erhitzte Gemüter zu beruhigen und Sorgen zu mindern. „Wir haben natürlich großes Interesse daran, dass niemand denkt, es riecht im Ort nach Schwein“, so Leddermann. „Die alten Stallungen haben nichts mehr mit heutigen Standards zu tun“, sagte er. Ein Stallgebäude mit einer Größe von 35 mal 130 Metern soll entstehen. Jedem Schwein stehen dann gut 0,8 Quadratmeter zur Verfügung. Dafür müssen die alten Ställe weichen, nur ein später als Lager genutztes Gebäude bleibt erhalten.

Das Herzstück des Neubaus wird die Abluft-Reinigungsanlage sein. Nach aktuellen Plänen wird sie im Dach des Stalls verbaut, mit einem 60 Quadratmeter großen Filter. Er soll dafür sorgen, dass Geruchspartikel, Ammoniak und Staub nur zu so geringen Teilen nach außen dringen, dass nichts mehr davon zu riechen ist. Das hat seinen Preis: Die Betriebskosten der Reinigungsanlage liegen zwischen 2,50 und drei Euro pro Schwein.

Leddermann und Staggenborg wollen im Rahmen der Planungen einen Durchführungsvertrag aufstellen. Darin ist nicht nur festgeschrieben, welche Bauvorhaben wann ausgeführt und welche Ausgleichsmaßnahmen, zum Beispiel Bepflanzungen, geleistet werden sollen. Im Vertrag schließt Staggenborg aus, dass die Anlage in Zukunft vergrößert wird - eine der ärgsten Sorgen der Cochstedter, die mit erleichtertem Kopfnicken auf diese Aussage reagierten (siehe „Auch Arbeitskeis äußert große Sorge“).

Mit dem Abriss der alten Stallgebäude wird künftig die Distanz zum Ort von 220 auf 320 Meter vergrößert, denn der neue Stall wird am südlichen Rand des Geländes errichtet. Dieses wird dabei von 5 auf 1,8 Hektar verkleinert, zudem soll es vollständig von Hecken umpflanzt werden.

Das durch den Neubau verbesserte Stallklima sei gesünder für den Bestand, erklärte Staggenborg den gut zwei Dutzend Cochstedtern. Einmal in der Woche werde ein Amtstierarzt nach den Tieren sehen, um Krankheiten frühzeitig zu erkennen.

Staggenborg möchte auch nach der Modernisierung weiter Getreide zur Versorgung der Schweine von umliegenden Agrarflächen einkaufen. Die Mastschweine, die in 18 Wochen etwa 80 Kilogramm zulegen sollen, füttert er mit einer Mischung aus Getreide, Raps oder Soja und Mineralien. Die Schweine werden dann zum Schlachten nach Weißenfels gebracht.

Nicht zuletzt möchte Staggenborg seinen Geschäftssitz nach Cochstedt verlegen. Das würde Steuergelder in die Stadtkasse spülen, wobei das nach Ansicht einiger Stadträte nicht allzu viel sein wird. Das letzte Wort hat der Stadtrat in einer der nächsten Sitzungen. (mz)

**Leserbrief mit der Bitte um Veröffentlichung zum Artikel „Cochstedt – Landwirt plant Stall mit 4000 Mastplätzen“ in MZ-Aschersleben vom 12.5.2017:**

Es ist nur ein Teilerfolg, dass die geplante Groß-Mastanlage nun etwas weiter vom Ort geplant ist und dass ein Filter gegen die dreifach erhöhten Emissionen versprochen wird. Aber zum Luftwäscher ist anzumerken, dass viele dieser Anlagen ihre Funktion nicht erfüllen, selbst wenn sie ordnungsgemäß betrieben würden. Offen bleibt auch die Frage nach dem Zurückhalten antibiotika-resistenter Keime, die sich laut Studien des Bundesinstituts für Risikobewertung vor allem in solch großen Anlagen entwickeln. Untersuchungen in den Niederlanden ergaben eine Häufung von Erkrankungen selbst in einer Entfernung von einem Kilometer (ganz abgesehen davon, dass Gülle aus solchen Großanlagen derlei Keime enthält).

Sollte diese Schweinemastanlage wirklich genehmigt werden, so wären nach einigen Jahren neue Auseinandersetzungen zu erwarten: Denn beim jetzigen Bauantrag sind die zu erwartenden gesetzlichen Tierwohl-Vorschriften nicht berücksichtigt. In spätestens 10 Jahren dürfte die EU-Schweinehaltungs-Richtlinie auch in Deutschland verpflichtend umgesetzt sein - mit Verbot des Ringelschwanz-Kürzens und dem Gebot von Stroh-Einstreu und infolgedessen Offenstall-Schweinehaltung

mit Zugang der Tiere zu einer eingestreuten Betonplatte außerhalb des Stalls. Bei einem solchen Offen- und Außenklima-Stall nützt ein Filter nichts mehr. Dann wären erneute Debatten zu erwarten, ob und inwieweit die dann wieder erhöhten Immissionen durch einen drastischen Abbau der Tierzahlen auf ein umwelt- und anwohnerverträgliches Maß zu senken.

All das können die Kommunalvertreter problemlos verhindern, indem sie jetzt einfach ihr baugesetzliches Recht nutzen, (sogar ohne Begründung) dem Bauantrag nicht zuzustimmen.

*Eckehard Niemann, Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft,  
Koordination des bundesweiten Bürgerinitiativen-Netzwerks „Bauernhöfe statt  
Agrarfabriken“, Varendorfer Str. 24, 29553 Varendorf, 0151-11201634  
31.5.2017*

## **Volksstimme - 31.05.2017 – Antje Mewes: Biogasanlage Betreiber geht in die Offensive**

Der Betreiber der Biogasanlage in Binde will mit einem Investitionsvolumen von einer Million Euro eine Modernisierung vornehmen.

Arendsee/Binde | Die Haltung des Stadtrates erschließe sich ihm nicht, sagte Ralf Beke-Bramkamp im Gespräch mit der Volksstimme. Er ist für die Pressearbeit der LFD-Holding zuständig. Zu dem Unternehmen gehören die Bio-Power GmbH und die Schweinezucht GmbH Binde. Mit der im Februar dieses Jahres beantragten Änderung zur technischen Ertüchtigung der Biogasanlage werde sich die Geruchsbelästigung für die Anwohner verringern. Es sei ausschließlich eine umfassende Instandsetzung der bereits 2006 gebauten Biogasanlage vorgesehen. „Keine Erweiterung“, betont er. Daraus ergebe sich eine Verbesserung der Emissionswerte.

### **Bauantrag auch für Ställe**

Für die Schweinezucht Binde liege dem Altmarkkreis ebenfalls ein Bauantrag zur Modernisierung der Abluftreinigungsanlage der Stallanlage vor. Dort will das Unternehmen 1,6 Millionen Euro investieren, um ebenfalls die Emissionen zu senken, informiert Beke-Bramkamp. Von beiden Maßnahmen würden die Dorfbewohner profitieren. Deshalb könne er die ablehnenden Beschlüsse der Gremien nicht verstehen.

**Die Mehrheit der Stadträte und zuvor auch der Bauausschuss-Mitglieder hatten beschlossen, das gemeindliche Einvernehmen für den Änderungsantrag zur Biogasanlage zu versagen. Ein Grund: Die Stadt hatte der nachträglichen Genehmigung des Altmarkkreises für Teile der Biogasanlage im Jahr 2014 nicht zugestimmt. Zudem sei deswegen ein Gerichtsverfahren anhängig. Eine**

positive Stellungnahme sei deshalb nicht möglich, heißt es in der Beschlussvorlage. „Wir können nicht zuerst die Genehmigung insgesamt versagen und nun einer Änderung zustimmen“, hatte Bürgermeister Norman Klebe in der Sitzung argumentiert.

### Bußgeld von 150.000 Euro

Landrat Michael Ziche hatte vor drei Jahren die nachträgliche Legalisierung der zu unrecht in Betrieb genommenen Anlagen verteidigt. Der Kreis habe aus baurechtlichen Gründen nicht anders handeln können. „Wir mussten die nachträglichen Veränderungen legalisieren, sonst hätte es ein Richter getan“, betonte er damals im Kreis-Bauausschuss. Der Kreis hatte ein Ordnungswidrigkeitsverfahren eingeleitet und dem damaligen Betreiber, der Straathof-Holding, ein Bußgeld in Höhe von rund 150.000 Euro auferlegt.

Auch Verena Herms, Sachgebietsleiterin im Bauordnungsamt des Kreises, kann der „technischen Anpassung“ der Biogasanlage nur Positives abgewinnen. Das sei sogar dringend nötig, denn die Standards hätten sich in den elf Jahren weiterentwickelt und verändert.

### Behörde prüft

Die Behörde werde nun prüfen, ob die Stadt rechtswidrig ihr Einvernehmen dazu verweigert. Das Genehmigungsverfahren sei noch in der Entwicklung. Wie es ausgeht, könne sie daher noch nicht sagen. „So einen Fall hatten wir noch nicht“, betonte die Sachgebietsleiterin.

Seit 2015 führt die LFD-Holding die Geschicke der beiden Unternehmenstöchter in Binde. Es gebe eine neue Geschäftsführung und der einstige Inhaber Adriaan Straathof sei komplett ausgeschieden, widersprach Ralf Beke-Bramkamp anderslautenden Gerüchten. Die neue Leitung verfolge eine „Vorwärtsausrichtung“. Zudem verwies er darauf, dass sowohl die Schweinezucht als auch die Biogasanlage per Bescheiden von Januar 2013 und Januar 2014 bauordnungsrechtlich genehmigt sind.

Die Stadt klagt gegen das Landes-Verwaltungsamt vor dem Landesverwaltungsgericht Magdeburg wegen der Baugenehmigung für die Schweinezucht. Das Verfahren ist am 18. Mai erneut vertagt worden.

***Bio-markt.info - 31.05.2017 von Redaktion***

## **Schlachthof Fürstenfeldbruck: Naturkost Süd rügt Verbände**

Nach der [Schließung des Schlachthof Fürstenfeldbruck](#) kritisiert *Naturkost Süd* die mit dem Betrieb verbundenen Verbände und Unternehmen scharf. Deren Reaktion

auf eklatante Tierschutzmängel bezeichnet der Verein in einem offenen Brief als „ausweichend und wegduckend“.

Der Schlachthof hatte Mitte Mai dichtgemacht, nachdem die Tierrechtsorganisation *Soko Tierschutz* Videos von tierquälerischen und gesetzeswidrigen Schlachtungen veröffentlicht hatte. Das Unternehmen westlich von München galt als Vorzeigebetrieb und verarbeitete zu 60 Prozent Bio-Tiere, vor allem von Anbauverbänden.

„Wir als Händler der Ware sind nicht bereit, mit unserem guten Namen solche Umstände mitzutragen und wir möchten unseren Verkäuferinnen und Verkäufern nicht zumuten, Unhaltbares über verantwortungsvolle Tierhaltung von der Aufzucht bis zur Schlachtung erzählen zu müssen“, heißt es in dem Brief. Adressiert ist er an die *Landesvereinigung für den ökologischen Landbau in Bayern (LVÖ)*, die *Marktgemeinschaft der Naturland Bauern* sowie die Unternehmen *Landfrau*, *PackhofRohrhuber Kraft GbR* und *Rupert Filser* (Wildpoldsried).

*Naturkost Süd* nimmt die Beteiligten in die Pflicht, dem Tierwohl höchste Priorität einzuräumen. „Bei allen Versuchen, Themen nicht eskalieren zu lassen, die das Image schädigen könnten: Es geht in erster Linie darum, dass Lebewesen, die Ihnen direkt oder indirekt anvertraut sind, nicht derart respektlos behandelt werden und nicht unnötig leiden müssen“. Der Verein, ein Zusammenschluss der Naturkostfachgeschäfte Süddeutschlands, erwartet von den Verbänden und Unternehmen künftig „Fürsorge und entschlossenes Handeln“. Darauf müssten sich Händler verlassen können.

***MT - Dienstag, 30.05.2017 Lokalnachrichten - Essen***

## **Straßenbau: Essen kippt die Anliegerbeiträge**

Von Matthias Ellmann

Essen. Die Gemeinde Essen schafft als erste Kommune im Kreis Cloppenburg die Straßenausbaubeiträge ab. Anlieger werden damit nicht mehr anteilmäßig an den Kosten des Ausbaus beteiligt. Diese Entscheidung fällte der Gemeinderat mit den Stimmen der CDU-Mehrheit, die einen entsprechenden Antrag eingebracht hatte. Die neue Regelung gilt rückwirkend zum 1. Januar 2017. Der aufwendige Ausbau der Wilhelmstraße gab den Anstoß der CDU-Initiative. Die Entscheidung ist allerdings nicht unumstritten: Die SPD findet das ungerecht anderen Anliegern gegenüber, die bisher zahlen mussten.

**PRESSEMITTEILUNG - Brüssel, 01. Juni 2017:**

## **Glyphosat**

### **Grünen/EFA-Fraktion zieht für Zugang zu Glyphosat-Studien vor Gericht**

Eine Gruppe von Abgeordneten der Grünen/EFA-Fraktion im Europäischen Parlament hat vor dem Europäischen Gerichtshof Klage eingereicht, um den öffentlichen Zugang zu Studien zu erreichen, die von der Europäische Lebensmittelbehörde EFSA zur Bewertung von Glyphosat herangezogen wurden.

**Martin Häusling**, Mitglied im Umwelt- und im Agrarausschuss der Grünen/EFA-Fraktion im Europäischen Parlament, kommentiert:

*"Geheimniskrämerei hat in der Wissenschaft nichts zu suchen. Gerade bei der Frage, ob ein Stoff krebserregend ist oder nicht, muss größtmögliche Transparenz herrschen. Wissenschaftliche Ergebnisse müssen replizierbar, extern begutachtet und publiziert sein. Unsere Klage ist kein Angriff auf die EFSA, sondern ein Versuch rechtliche Klarheit darüber zu schaffen, welche Informationen veröffentlicht und welche als rechtmäßig geheim betrachtet werden müssen. Das wird auch den europäischen Agenturen in ihrer Arbeit helfen.*

*Wirtschaftliche Interessen der Auftraggeber dieser Studien dürfen nicht über der Gesundheit der Bevölkerung stehen. Die Gesundheit ist ein zu hohes Gut, um das von Glyphosat ausgehende Risiko auf einer möglicherweise falschen, nicht ausreichend überprüften Faktengrundlage zu bewerten."*

**Maria Heubuch**, Mitglied im Agrarausschuss, fügt hinzu:

*„Wir als Fraktion stehen schon immer für Transparenz. Deswegen werden wir all unsere demokratischen und verfahrensmäßigen Rechte nutzen, um diesen Fall vor dem Europäischen Gerichtshof zu verteidigen.*

*Wir fordern, dass die EFSA in Zukunft unabhängige und veröffentlichte Studien in ihre Bewertungen aufnimmt. Die derzeitige Situation ist unhaltbar.“*

#### **Hintergrund:**

Während die Internationale Agentur für Krebsforschung der Weltgesundheitsorganisation feststellte, dass Glyphosat wahrscheinlich krebserzeugend für Menschen ist, wies die Europäische Lebensmittelbehörde EFSA dies zurück. Abgeordnete der Grünen/EFA-Fraktion hatten im März 2016 Einblick in die von der EFSA verwendeten Studien beantragt, da diese nicht öffentlich zugänglich sind. Diesem wurde bis heute nur sehr eingeschränkt stattgegeben.

Ausführliche Informationen finden Sie hier: <http://extranet.greens-efa-service.eu/public/media/file/1/5197>

Ruth Reichstein, Pressesprecherin/coordination press team

Greens/EFA group in the European Parliament

[Ruth.reichstein@ep.europa.eu](mailto:Ruth.reichstein@ep.europa.eu)

**MdB Tackmann, Die LINKE – 1.6.2017:**

## **Bundesregierung verweigert Klärung von Zweifeln an Unbedenklichkeit von Glyphosat**

*„Statt ernsthaft zur Klärung wissenschaftlicher Zweifel an der Unbedenklichkeitserklärung für Glyphosat beizutragen, zeigt die Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der LINKEN demonstratives Desinteresse.“*, so die erste Reaktion von Dr. Kirsten Tackmann, agrarpolitische Sprecherin der LINKEN im Bundestag auf die Antwort der Kleinen Anfrage „Wiedergenehmigung von Glyphosat“ (DS 18/12489).

Dr. Kirsten Tackmann weiter:

*„Daraus ergeben sich eher mehr Fragen als beantwortet werden. Warum führt das Prinzip des ‚eventbasierten Bewertungsansatzes‘ vor allem dazu, kritische Studien abzuwerten? Warum werden unterschiedliche Studien wie Äpfel und Birnen miteinander verglichen und damit vor allem die Entwarnung verstärkt? Warum stehen die Rohdaten der Studien nur begrenzt öffentlich zur Verfügung statt eine transparente und nachvollziehbare unabhängige Prüfung als vertrauensbildende Maßnahme zu ermöglichen? Warum wird ein Biomonitoring verweigert zur Klärung, wie häufig die Bevölkerung Kontakt zum Wirkstoff Glyphosat hat? Warum gibt es keine systematische Suche nach Eintragsquellen von Glyphosat in die Nahrungskette?“*

*Diese offenen Fragen nähren den Verdacht, dass kritische Stimmen, auch aus der Wissenschaft, ausgeblendet und abqualifiziert werden. Eine ernsthafte Prüfung im Sinne des Vorsorgegedankens sähe anders aus.*

*Das Dilemma liegt im unzulänglichen Zulassungsverfahren. Alle relevanten Risiken und Gefahren müssen unabhängig sowie öffentlich nachvollziehbar geprüft und eine Zulassungsentscheidung im Zweifel im Sinne des Vorsorgeprinzips entschieden werden.“*

[Hier](#) die Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage „Wiedergenehmigung von Glyphosat“ (DS 18/12489)

**AfD-Agrarier auf Distanz zur Europäischen Union**

31.05.2017 - Agra Europe

.... Die Agrar- und Umweltsprecher plädieren in ihrer Erklärung für eine „flächengebundene Tierhaltung landwirtschaftlicher Familienbetriebe und Genossenschaften“, die Erhaltung eines wirksamen Pflanzenschutzes nach guter fachlicher Praxis, die Förderung des Weinbaus sowie nachhaltig bewirtschaftete Wälder. ...

Landwirtschaftliche Nutzflächen sind für die AfD „Produktionsgrundlage und keine Spekulationsobjekte“. Sie gehörten nicht in die Hände von nichtbäuerlichen Kapitalgesellschaften.

### **Leserkommentar**

von **Eckehard Niemann** · 01.06.2017 -

#### **AfD ist für LPG-Nachfolge-Agrarindustrielle**

Das passt überhaupt nicht zusammen: Einerseits fordern, landwirtschaftliche Flächen gehörten nicht in die Hände von "nichtbäuerlichen Kapitalgesellschaften" - und andererseits fordern, die Tierhaltung gehöre auch in "Genossenschaften". Und damit sind ja nicht echte Genossenschaften gemeint, sondern agrarindustrielle LPG-Nachfolge-Großbetriebe, zumeist in den Händen von wenigen Ex-DDR-Kadern...

Topagrar.com - Lesen Sie mehr auf: <https://www.topagrar.com/news/Home-top-News-AfD-Agrarier-auf-Distanz-zur-Europaeischen-Union-8298817.html>

## **Sehr sehenswerter TV-Beitrag:**

**Dieses bunte Deutschland – Über den Mut nach der Flucht - Dokumentarfilm im Ersten**





Dieses bunte Deutschland – Über den Mut nach der Flucht | Video verfügbar bis 31.05.2018

Es wird viel über sie geredet, aber selber zu Wort kommen sie selten: Flüchtlinge. Diese Langzeitdokumentation dagegen hat vier von ihnen ein Jahr lang mit der Kamera begleitet. Die Fremden werden weniger fremd, und am Ende wird deutlich, es geht schlicht um Menschen mit all ihren Macken und Liebeshwürdigkeiten, Wünschen und Träumen.

### **Vier Schicksale**

Vier Flüchtlinge im Dorf, in zwei Kleinstädten und in Berlin. Da ist die Hausfrau aus Tschetschenien, die im brandenburgischen Groß Schönebeck von einer sicheren Zukunft träumt und durch ihre Arbeit im Dorfkindergarten nur ganz langsam das Vertrauen der Einheimischen gewinnt. Eine junge Studentin aus Syrien hat die Flucht auf die Schwäbische Alb verschlagen, in das Städtchen Leutkirch. Hier verfolgt sie mit schwäbisch-syrischer Zielstrebigkeit ihren großen Traum: ein Ingenieurstudium in Deutschland.



Der syrische Geschäftsmann und Hobbykoch Hasan

Im sächsischen Pirna muss sich ein 17-jähriger Afghane behaupten, der Vater ist tot, die Mutter auf der Flucht verschollen. Zwischen Hass und Hilfsbereitschaft und mit Unterstützung seiner deutschen Ersatzmutter hofft er auf einen Ausbildungsplatz als Tischler. Und in Berlin kämpft ein Geschäftsmann aus Syrien darum, dass seine beiden kleinen Kinder aus dem Kriegsland zu ihm nachreisen dürfen; die Trennung von ihnen schmerzt, sein Glaube gibt dem Muslim Halt und Anschluss an einer Gemeinschaft. Dank des Internets gelingt es dem Syrer, neue Kontakte zu Deutschen zu knüpfen.

Momentaufnahmen von vier Schicksalen, vier von einer Million. Ohne den Anspruch repräsentativ zu sein. Ihre Geschichten werden mit einem ebenso präzisen wie nüchternen Blick erzählt. Interessiert und wohlwollend, aber ohne falsche Romantisierung.

### **Die Unterstützer**

Neben den vier geflüchteten Menschen geht es in dem Film auch um ihre deutschen Unterstützer: um die Pfarrersfrau in Brandenburg, die der Tschetschenin durch den deutschen Behördenschwungel hilft; die neuen Freunde in Leutkirch, die der syrischen Studentin zur Seite stehen; die sächsische Ersatzmutter, die es nicht immer einfach mit "ihrem" jugendlichen Afghanen hat; und die Umzugsbekanntschaften des syrischen Vaters in Berlin. Wie begegnen sie den Fremden? Welche Missverständnisse gibt es? Wo kommen sie mit ihrer Hilfe an ihre Grenzen? Warum engagieren sie sich überhaupt für die Flüchtlinge?

### **Hilfe und Hass**



Der 17-jährige Said aus Afghanistan sieht bei einer rechten Demo im sächsischen Freital zu.

Im eklatanten Gegensatz zu diesen eher Mut machenden Geschichten steht die offene Fremdenfeindlichkeit, die sich auf der Strasse und völlig enthemmt in den sozialen Netzwerken entlädt. Im Film werden Hasskommentare aus Facebook, Twitter & Co den dokumentarischen Porträts gegenüber gestellt. Von "Merkel muss weg" bis "Assiheime zu Konzentrationslagern" lassen die Zitate erahnen, wie sehr der Hass im Netz tobt, und wie unversöhnlich beide Seiten sind: hier die Geflüchteten und ihre Unterstützer, dort die meist anonymen Hetzer an den Computertastaturen.

### **Widerstand gegen die Angst**

"Dieses bunte Deutschland" liefert keine fertigen Antworten auf komplexe Fragen, sondern gibt einen sensiblen Einblick in das Leben von vier sehr unterschiedlichen Menschen, die nur eines gemeinsam haben, dass sie ihre Heimat verlassen mussten und nun einen mutigen Neubeginn wagen. "Mut ist Widerstand gegen die Angst", formuliert die syrische Studentin auf der Schwäbischen Alb ihr Motto.

Vier Autorenteams – Martina Treuter, Nina Mair & Robert Jahn, Jan Schäfer und Jean Boué – haben die vier Flüchtlinge ein Jahr lang begleitet. Unter der Gesamtregie von Jan Tenhaven entstand aus dem Material ein 90-minütiger Dokumentarfilm. Das große, kontroverse Thema Flucht wird anhand von unaufgeregten Porträts der Menschen erzählt, um die es eigentlich geht.

*Ein Film von Jean Boué, Robert Jahn, Nina Mair, Jan M. Schäfer und Martina Treuter*

### **Die Story im Ersten: Mohammad Mustermann**

Mohammed ist im März 2015 in Deutschland angekommen. Er ist einer von drei zufällig ausgewählten Flüchtlingen, die die Kamera zwei Jahre lang begleitet hat. Wer ist in Deutschland angekommen und hat sich integriert? Und wer ist gescheitert? | [mehr](#)

[http://www.ardmediathek.de/tv/Reportage-Dokumentation/Dieses-bunte-Deutschland-%C3%9Cber-den-Mut-/Das-  
Erste/Video?bcastId=799280&documentId=43203852](http://www.ardmediathek.de/tv/Reportage-Dokumentation/Dieses-bunte-Deutschland-%C3%9Cber-den-Mut-/Das-Erste/Video?bcastId=799280&documentId=43203852)



## "Dieses bunte Deutschland" **Samihas Traum - Ingenieurin**

Stand: 31.05.2017 03:56 Uhr

**Deutsch zu sprechen, fällt Samiha immer noch schwer. Sie flüchtete vor dem Krieg in Syrien und möchte in Deutschland ein neues Leben beginnen. Aber das ist nicht einfach. Ein ARD-Team hat die 26-jährige ein Jahr lang begleitet.**

*Von Martin Schmidt, SWR, für tagesschau.de*

"Sie waren einige Monate bei einem Tochterunternehmen von Nokia, in welchem Bereich haben Sie dort gearbeitet?" Samiha Aldakkak weiß nicht, was sie antworten soll. Sie sitzt in einem Konferenzzimmer, ihr gegenüber zwei Männer im schwarzen Anzug, Geschäftsführer eines mittelständischen Unternehmens am Bodensee. "Waren sie in der Fertigung, also in der Leiterplattenbestückung, oder in der Endmontage der Geräte tätig?", fragen sie weiter.

Statt etwas zu sagen, schaut die Syrerin fragend zurück. Samiha versteht die Männer nicht. Erst vor wenigen Monaten ist sie nach Deutschland gekommen und dachte, dieses Vorstellungsgespräch sei auf Englisch. Mit ihrem Deutsch kommt die 26-Jährige über die einfache Alltagssprache noch nicht hinaus. "Haben Sie mich verstanden?" "Hm, nein." Samiha hat den Kopf gesenkt. Die beiden Geschäftsführer schauen in ihre Unterlagen, wirken selbst ein wenig ratlos.

### **Eine Zukunft - unmöglich**

"Die Firmen in Deutschland sind doch auch an Englischkenntnissen interessiert", ärgert sich Samiha nach dem Gespräch. Sie will dieses Praktikum unbedingt haben. In ihrer Heimat Damaskus hat sie Maschinenbau studiert, 2014 den Bachelor-Abschluss gemacht. Doch dort wollte sie nicht bleiben. Immer wieder waren Bomben in ihrer Nähe eingeschlagen. Eine Zukunft in Syrien - für sie durch den Krieg unmöglich.

Vor rund zwei Jahren flüchtet Samiha, wie viele andere Syrer auch, über den Libanon in die Türkei, mit dem Boot weiter nach Griechenland und erreicht so ihr Ziel: Deutschland. "Ich versuche zu vergessen, was in Syrien passiert ist. Auch wenn ich dort viel Gutes erlebt habe. Aber in dem Moment, als ich nach Deutschland aufgebrochen bin, wollte ich ein neues Leben beginnen." Dieses neue Leben fängt für Samiha in Leutkirch im Allgäu an, tief im Süden Baden-Württembergs.

### **Zu dritt auf zehn Quadratmetern**

Anfangs lebt sie in einer provisorischen Gemeinschaftsunterkunft. C9, das ist ihr Zimmer. Knapp zehn Quadratmeter teilt sie sich mit drei anderen Frauen. Die dünnen Wände sind aus Plastik - wie es eben möglich ist in einer Sporthalle. An die Tür hat sie ihr Lieblingsmotto geklebt: "Mut ist Widerstand gegen die Angst", steht in verwaschenen Buchstaben auf einem verknitterten Zettel. In der Ecke ein kleiner Tisch - dort sitzt Samiha, so oft es geht, und lernt deutsche Vokabeln.



"Mut ist Widerstand gegen die Angst", steht auf dem verknitterten Zettel, den Samiha an die Tür in ihrer Unterkunft geklebt hat.

Denn sie hat einen Traum: Noch einmal zur Universität gehen, einen Masterabschluss machen und dann Ingenieurin werden, in Deutschland. Sie weiß, dass das nur mit guten Deutschkenntnissen gelingen kann. Und es gibt noch eine Hürde. Jeden Tag geht Samiha aufgeregt ins Büro der Unterkunftsleitung und spricht die deutschen Worte, die sie mit als erstes gelernt hat: "Haben sie Post für mich?" Die Antwort auch heute ein mitleidiges Kopfschütteln. Samiha wartet auf ihren Bescheid, der die Asylbewerberin anerkennt - ohne kommt sie ihrem Traum keinen Schritt näher.

### **Syrer ist nicht gleich Syrer**

In den ersten Monaten in Deutschland hat sie mit vielen Vorurteilen zu kämpfen. "Oh, Du bist Maschinenbauingenieurin - und das aus Syrien, wirklich?", ist eine Frage, die sie immer wieder zu hören bekommen hat. Dass hier keiner zu wissen scheint, dass Frauen in Syrien tatsächlich auch studieren dürfen, darüber kann sie anfangs noch schmunzeln. Nerviger findet sie dafür, dass die Deutschen alle Syrer in einen Topf werfen. "Wir kommen auch aus unterschiedlichen Kulturen, haben auch untereinander Probleme."



Samiha (r.) mit ihrer Patin Lisa

In der Flüchtlingsunterkunft freundet sich Samiha mit Lisa Zwerger an, einer Mitarbeiterin des Deutschen Roten Kreuzes, des Betreibers der



Unterkunft. Sie übernimmt eine Flüchtlingspatenschaft für Samiha, hilft ihr beim Ausfüllen der Anträge auf dem Amt oder beim Bewerbungen schreiben. Mit Erfolg: Trotz des holprigen Vorstellungsgesprächs bekommt die syrische Studentin das Praktikum beim schwäbischen Mittelständler. Die großen Maschinen, mit denen hier technischer Zwirn, Garne oder Nähfäden hergestellt werden, sind für Samiha zwar noch Neuland, aber sie will ihre Erfahrungen sammeln - in ihrem Traumberuf und in einer deutschen Firma.

### **"Du bist sicher, wirklich für drei Jahre"**

Acht Monate nach ihrer Flucht, acht Monate nach ihrem Ankommen in Süddeutschland, hat sie den Termin auf dem Amt, auf den sie so lange gewartet hat. Sie muss pünktlich dort sein, das weiß sie schon. In ihrer alten Heimat Syrien nehme man es mit Zeitangaben nicht so genau. Dann bekommt sie endlich die kleine Plastikkarte überreicht, darauf ihr Portrait.

#### **Mehr zum Thema**

- [Freiwillige Ausreise: Rückkehr ohne Reiz](#)
- [Syrische Flüchtlinge: Kein Asyl für Kriegsdienstverweigerer](#)
- [UNICEF: 24.600 Kinder sind gestrandet](#)

Samihas Aufenthaltstitel. Es scheint, als wolle sie ihn nie mehr aus ihren Händen legen. Für drei Jahre darf sie in Deutschland bleiben und arbeiten. "Du bist sicher, wirklich für drei Jahre", flüstert Samiha sich selbst noch ein wenig ungläubig zu, nachdem sie so lange auf diesen Moment gewartet hat. Immer wieder waren ihr Zweifel gekommen, ob die Deutschen sie tatsächlich aufnehmen würden. Und doch muss sie trotz all der Freude auch an die denken, die so weit weg in Syrien sind. "Ich vermisse meine Familie, das ist auch ..." Samiha fällt es schwer, darüber zu sprechen und die richtigen Worte zu finden.

#### **"Dieses bunte Deutschland": Ein Jahr - vier Flüchtlinge**

[Doku im Ersten](#) | [daserste](#)

### **"Ich bin eine Deutsche"**

Ein paar Wochen später sitzt sie bei strahlendem Sonnenschein an einem Gartentisch und muss schon wieder lernen. Ein ehrenamtlicher Helfer hat sich ihr angeboten, gemeinsam die Fragen für den Integrationstest durchzugehen. Wie viele Bundesländer die Bundesrepublik Deutschland hat - sie weiß es nicht. "16, das musst Du leider behalten, auswendig lernen", sagt ihr deutscher Helfer und macht schnell mit der nächsten Frage weiter.

"Wie heißt die deutsche Verfassung?" Dieses Mal muss Samiha nicht lange überlegen. "Grundgesetz", überrascht sie mit der richtigen Antwort. "Warum weißt du das denn?" Samiha muss laut lachen, dann sagt sie selbstbewusst: "Ich bin eine Deutsche."

<http://www.spiegel.de/panorama/gesellschaft/kinder-weltweit-report-von-save-the-children-vergleicht-lage-in-172-laendern-a-1150114.html>

---

*Die AbL Niedersachsen/Bremen e.V. übernimmt weder eine Freistellung von Rechten Dritter noch eine Gewähr für die Aktualität, Korrektheit, Vollständigkeit oder Qualität der bereitgestellten Informationen. Haftungsansprüche gegen die AbL Niedersachsen/Bremen e.V., die sich auf Schäden materieller Art beziehen, sind grundsätzlich ausgeschlossen.*

*Abbestellungen des Newsletter über: [eckehard.niemann@freenet.de](mailto:eckehard.niemann@freenet.de)*